

Nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich



(OECD, 2021) A national financial literacy strategy for Austria
<https://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/austria-financial-literacy-strategy.htm>

Dieses Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht unbedingt die offiziellen Ansichten der OECD-Mitgliedsländer wider.

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die hierin geäußerten Ansichten können in keiner Weise als offizielle Meinung der Europäischen Union angesehen werden.

Dieses Dokument sowie alle darin enthaltenen Daten und Graphiken berühren nicht den Status eines Hoheitsgebiets oder die Souveränität über ein Hoheitsgebiet, den Verlauf internationaler Grenzen und den Namen eines Hoheitsgebiets, einer Stadt oder einer Gegend.

Das ist die Übersetzung eines OECD Dokuments. Die originale, englische Version ist unter folgender Adresse abrufbar: <https://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/austria-financial-literacy-strategy.htm>



Finanziert von der
Europäischen Union



Nationale Finanzbildungs- strategie für Österreich

Wien 2021

Impressum

Medieninhaber, Eigentümer und Verleger:
Bundesministerium für Finanzen,
Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Protokoll
Johannessgasse 5, 1010 Wien
bmf.gv.at
Für den Inhalt verantwortlich: BMF, Sektion III
Grafik: sketo design
Fotos: Adobe Stock
Druck: Druckerei des BMF
Wien, September 2021

Inhalt

Einleitung	7
Danksagung	9
1 Strategischer Ansatz	10
Eine verbesserte Finanzbildung kann den Menschen in Österreich zu einem besseren Leben verhelfen	11
... und gleichzeitig einen Beitrag zu umfassenderen politischen Zielen leisten, von denen Gesellschaft und Wirtschaft profitieren.....	12
Ein koordinierter, evidenzbasierter Ansatz unter Einbindung aller Stakeholder als Grundlage für die nationale Finanzbildungsstrategie.....	13
2 Vision und Ziele	16
Definition von Finanzbildung.....	17
Vision der Strategie.....	17
Vier politische Hauptprioritäten.....	18
Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung.....	19
Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen.....	20
Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zu- gangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger.....	21
Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung.....	21
Übergreifende Prioritäten.....	22
Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechtern.....	22
Sicherstellen, dass Konsumentinnen und Konsumenten von der Digitalisierung profitieren.....	23
Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten, nachhaltige finanzielle Entscheidungen zu treffen.....	23
3 Integrative Governance-Struktur für effektive Führung und Zusammenarbeit	26
Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung.....	28

Finanzbildungsrat.....	30
Steuerungsausschuss.....	32
Wissenschaftliche Arbeitsgruppe.....	33
Unterarbeitsgruppen.....	33
Finanzbildungscommunity.....	34
Sekretariat für die nationale Finanzbildungsstrategie.....	34
4 Evidenzbasierte ergebnisorientierte Strategie.....	36
Überwachung und Evaluierung der einzelnen Programme mithilfe eines standardisier- ten Instrumentariums.....	37
Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie.....	38
Berichtsmechanismen und Erfahrungsaustausch.....	39
5 Aktionsplan der Strategie (2021–2026).....	40
Lebensphasen-Ansatz und vorrangige Zielgruppen.....	41
Unterstützung in wichtigen Lebensphasen.....	42
Vorrangige Zielgruppen.....	44
Andere Zielgruppen: Erreichen der gesamten Bevölkerung durch einen umfassenden Ansatz.....	46
Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit der Strategie.....	48
Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools.....	48
Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen.....	54
Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger.....	57
Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung.....	60
6 Schlussfolgerungen.....	64
Schlussfolgerungen.....	65
Literaturverzeichnis.....	66

Einleitung

Die in diesem Dokument beschriebene nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich schafft einen Orientierungsrahmen für Maßnahmen, die von österreichischen Stakeholdern in den nächsten fünf Jahren umgesetzt werden. Im Rahmen der Strategie werden eine übergeordnete Governance-Struktur und klare Entscheidungsprozesse festgelegt, auf Fakten und Konsultationen basierende politische Prioritäten gesetzt und ein Rahmen für die Evaluierung der spezifischen Maßnahmen definiert. Die ultimative Zielsetzung besteht darin, das finanzielle Wohlergehen der in Österreich lebenden Menschen langfristig zu steigern. Die Konzeption der Strategie steht im Einklang mit der Empfehlung des OECD-Rats zur Finanzbildung, die von den OECD-Regierungen auf dem Ministertreffen im Oktober 2020 zusammen mit Maßnahmen zur Unterstützung einer starken, widerstandsfähigen, integrativen und nachhaltigen Erholung von der COVID-19-Pandemie beschlossen wurde.

Die Umsetzung dieses wichtigen politischen Ziels erfolgt zum richtigen Zeitpunkt. Gerade jetzt benötigen Privatpersonen und Haushalte Zugang zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung, um die Herausforderungen der aktuellen Situation zu meistern und die Basis für eine widerstandsfähige und nachhaltige finanzielle Zukunft zu schaffen. Die Umsetzung der Strategie wird den Menschen helfen, von Grund auf nachhaltige finanzielle Gewohnheiten zu entwickeln, ihr Einkommen und ihr Vermögen effektiv zu verwalten, Kreditinstrumente achtsam zu nutzen und angemessen für ihre Zukunft vorzusorgen.

Das vorliegende Strategiedokument ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Bundesministerium für Finanzen (BMF), das die Europäische Kommission im Rahmen des Structural Reform Support Programme (SRSP) 2017–2020 um Unterstützung bei der Erarbeitung einer nationalen Finanzbildungsstrategie ersucht hat, der Europäischen Kommission und der OECD, die als Durchführungspartner des Projekts ernannt wurde. Die Aktivitäten im Rahmen des Projekts umfassen eine Bestandsaufnahme bestehender Initiativen im Bereich Finanzbildung in Österreich und die Entwicklung einer nationalen Finanzbildungsstrategie.

Die nationale Finanzbildungsstrategie wird dazu beitragen, das Bewusstsein, die Fähigkeiten und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Finanzbildung zu stärken, um fundierte Entscheidungen über die breite Palette der auf dem Markt angebotenen Finanzprodukte und -dienstleistungen sowie nachhaltige finanzielle Entscheidungen in Bezug auf das persönlich verfügbare Einkommen zu treffen. Darüber hinaus wird die Strategie auch eine bessere Ressourcennutzung fördern, den Anleger- und Verbraucherschutz unterstützen, die Zusammenarbeit zwischen den österreichischen Institutionen und den Stakeholdern im Bereich Finanzbildung erleichtern und zur Wirksamkeit von Finanzbildungsinitiativen in Österreich beitragen.

Danksagung

Die nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich ist das Ergebnis eines umfassenden Konsultationsprozesses, an dem Vertreter der österreichischen Regierung und Finanzaufsichtsbehörden auf den höchsten Ebenen sowie relevante private und gemeinnützige Stakeholder mitwirkten, die ein Mandat zur Wissensvermittlung im Finanzbereich haben, über Fachwissen in diesem Bereich verfügen oder ein generelles Interesse an Finanzbildung haben.

Das Strategiedokument wurde von Andrea Grifoni, Policy Advisor und Leiter des Projekts, mit Beiträgen und Begutachtung von Chiara Monticone, Senior Policy Analyst, aus der Abteilung Consumer Finance, Insurance and Pensions, und Flore-Anne Messy, stellvertretende Direktorin des Direktorats Financial and Enterprise Affairs der OECD erstellt. Besonders hervorgehoben muss auch die wesentliche Mitwirkung und Unterstützung von Vanessa Koch, Bianca Alina Schranz und Katharina Heindl vom österreichischen Bundesministerium für Finanzen (BMF) werden, ohne die dieses Strategiedokument nicht zustande gekommen wäre.

Dieses Projekt wurde mit Mitteln der Europäischen Union im Rahmen des Structural Reform Support Programme (SRSP) und in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion zur Unterstützung von Strukturreformen der Europäischen Kommission durchgeführt. Die Generaldirektion zur Unterstützung von Strukturreformen der Europäischen Kommission (GD REFORM) unterstützt die Vorbereitung und Durchführung von wachstumsfördernden Verwaltungs- und Strukturreformen durch die Mobilisierung von EU-Mitteln und technischem Fachwissen gemäß den in Artikel 7 Absatz 2 genannten Kriterien und Grundsätzen der Verordnung (EU) 2017/825.

Das allgemeine Ziel dieses Projekts besteht darin, gemäß Artikel 4 der SRSP-Verordnung zu institutionellen, administrativen und wachstumsfördernden Strukturreformen in Österreich beizutragen. Für weitere Informationen siehe: EUR-Lex - 32018R1671 - EN - EUR-Lex (europa.eu).

Die OECD startete ihr Projekt zur Förderung der Finanzbildung im Jahr 2002 und gründete 2008 das internationale Netzwerk für Finanzbildung der OECD (INFE). Dieses ist weltweit als führend bei der Entwicklung politischer Instrumente, Daten und Forschungsarbeiten zum Thema Finanzbildung anerkannt: International Gateway for Financial Education - Organisation for Economic Co-operation and Development (oecd.org)

1

Strategischer Ansatz

zur Verbesserung des finanziellen Wohlergehens, von dem sowohl die österreichische Bevölkerung als auch die Wirtschaft profitieren

Eine verbesserte Finanzbildung kann den Menschen in Österreich zu einem besseren Leben verhelfen ...

Österreich ist eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Die in Österreich lebenden Bürgerinnen und Bürger genießen einen Lebensstandard, der zu den höchsten in Europa und in der OECD zählt (OECD, 2019a). Die Menschen sind mit ihrem Leben zufriedener als der OECD-Durchschnitt und bewerten auf einer Skala von eins bis zehn ihre allgemeine Zufriedenheit mit 7,1 (OECD Better Life Index). Allerdings sind sie mit schnelllebigen Veränderungen auf den Finanzmärkten konfrontiert, durch die sich neue Chancen, aber auch neue Herausforderungen ergeben. Durch die Digitalisierung verändert sich die Funktionsweise der Finanzmärkte für Konsumentinnen und Konsumenten, die österreichische Bevölkerung altert rasch, Karriere- und Verdienstmöglichkeiten werden unsicherer und viele Menschen sorgen sich um ihre langfristige finanzielle Sicherheit (OECD, 2019d). In manchen Fällen, insbesondere bei jüngeren Menschen, lassen sich erste Anzeichen einer Überschuldungsproblematik ausmachen. Die Folgen der COVID-19-Pandemie wirken sich zusätzlich belastend auf diese Entwicklungen aus.

Vor diesem Hintergrund zeigen aktuelle Erhebungen zur Finanzbildung der österreichischen Bevölkerung (OECD, 2020a), dass Erwachsene in Österreich, trotz einer im internationalen Vergleich guten Position, erhebliche Schwachstellen in ihrem Finanzwissen, ihren Verhaltensweisen und Einstellungen in Finanzfragen aufweisen, die ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit – d. h. die Fähigkeit, negativen finanziellen Schocks zu widerstehen, sie zu bewältigen und sich davon zu erholen – beeinträchtigen und ihr langfristiges finanzielles Wohlergehen negativ beeinflussen können.

Maßnahmen zur Förderung der Finanzbildung können dazu beitragen, die Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen der österreichischen Bevölkerung in Finanzfragen zu verbessern und sich positiv auf ihr Finanzverhalten auswirken. Finanzbildungsinitiativen können insbesondere:

- Privatpersonen und Haushalte dabei unterstützen, ihre Finanzen besser zu verwalten, solide finanzielle Entscheidungen in Bezug auf das ihnen zur Verfügung stehende Einkommen zu treffen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Sparen als Mittel zur Vorsorge für unerwartete Ereignisse steigern;
- ein besseres Verständnis für die Risiken und Chancen der Kapitalmärkte schaffen und die Menschen dabei unterstützen, besser informierte Entscheidungen über langfristige Investitionen zu treffen;
- das Bewusstsein für die Bedeutung einer angemessenen langfristigen Zukunftsvorsorge steigern, ein besseres Verständnis für Veränderungen im öffentlichen Pensionssystem schaffen und Informationen und Fähigkeiten vermitteln, um Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, angemessene Entscheidungen über individuelle Pensionspläne zu treffen;

- Einzelpersonen und Haushalte dabei unterstützen, Kredite achtsam zu nutzen und ihre Verschuldung sowohl kurz- als auch langfristig zu steuern (OECD, 2019c), um ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks zu erhöhen;
- Bürgerinnen und Bürger auf die zunehmende Prävalenz digitaler Technologien im Finanzdienstleistungssektor, die Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch etablierte, ihnen vertraute Anbieter und auf den Markteintritt neuer Fintech-Unternehmen vorbereiten (FMA, 2020).

... und gleichzeitig einen Beitrag zu umfassenderen politischen Zielen leisten, von denen Gesellschaft und Wirtschaft profitieren

Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Finanzbildung unterstützen nicht nur Bürgerinnen und Bürger dabei, ihr Finanzleben erfolgreich zu gestalten und ihr finanzielles Wohlergehen langfristig zu steigern, sondern sie dienen auch der Wirtschaft.

Ein allgemein höheres finanzielles Bildungsniveau fördert die Entwicklung gesunder, offener und wettbewerbsfähiger Finanzmärkte, unterstützt die finanzielle Stabilität und kann Maßnahmen zur Stärkung des finanziellen Verbraucherschutzes effektiv ergänzen.

Maßnahmen und Initiativen zur Förderung der Finanzbildung können auch in Verbindung mit umfassenderen politischen Zielen bzw. als flankierende Maßnahmen solcher Ziele konzipiert werden (OECD, 2021a). Insbesondere kann damit Folgendes erreicht werden:

- Einbindung des Instrumentariums für lebenslanges Lernen, um insbesondere Erwachsene anzusprechen und Finanzbildungsangebote für die erwerbstätige Bevölkerung bereitzustellen, sowie mit besonderem Fokus auf Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere Gründerinnen und Gründer sowie Kleinst-, Klein- und mittelständische Betriebe, die eine tragende Säule der österreichischen Wirtschaft sind
- Beitrag zu einem erfolgreichen umweltpolitischen Wandel und zu Österreichs Green Finance Agenda, indem Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt werden, ESG-Risiken (d. h. die Bereiche Umwelt, Soziales und Governance betreffende Risiken) zu bewerten, die EU-Taxonomie für Finanzprodukte zu verstehen und die Auswirkungen individueller Finanzentscheidungen auf die Umwelt sowie die Regierungspolitik in diesem Bereich zu beurteilen. Damit können private Ersparnisse und Kapitalmarktinvestitionen mobilisiert werden und ein Beitrag zum Ziel einer klimaneutralen Zukunft, das sich die österreichische Bundesregierung gesetzt hat, geleistet werden (BMK, 2019)
- Ergänzung von Maßnahmen im Rahmen der Gleichstellungspolitik, indem Frauen unterstützt werden, ihre Finanzsituation und die Auswirkungen fragmentierter

Erwerbsbiografien auf ihre finanziellen Ressourcen und ihr Alterseinkommen besser zu kontrollieren (Mairhuber und Mayrhuber, 2020; OECD 2021b)

Ein koordinierter, evidenzbasierter Ansatz unter Einbindung aller Stakeholder als Grundlage für die nationale Finanzbildungsstrategie

Eine nationale Finanzbildungsstrategie ist das effizienteste Mittel, um das finanzielle Bildungsniveau in der Bevölkerung langfristig zu verbessern und Österreich einen strategischen, evidenzbasierten Ansatz zur Finanzbildung in die Hand zu geben, der alle relevanten Stakeholder einbezieht (OECD, 2020c).

Durch die Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Finanzbildungsstrategie, die den Empfehlungen der OECD entspricht und Erfahrungswerte von mehr als 75 Ländern weltweit beinhaltet, verfolgt Österreich einen nachhaltigen, koordinierten Ansatz zur Finanzbildung, der:

- die Bedeutung von finanzieller Bildung durch die Verabschiedung der Strategie durch den Ministerrat anerkennt und auf den in der Vorbereitungsphase der Strategie ermittelten Bedürfnissen und Schwachstellen aufbaut (siehe Infobox 1.1);
- mit anderen Strategien zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands kohärent ist;
- eine Zusammenarbeit mit allen relevanten Stakeholdern sowie die Einrichtung des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung mit Weisungs-, Aufsichts- und Beratungsbefugnissen vorsieht;
- die Erstellung eines Aktionsplans (Roadmap) beinhaltet, mit dem die Realisierung der in der Strategie festgelegten Ziele unterstützt wird;
- Leitlinien vorgibt, die von den einzelnen Initiativen zur Förderung der Finanzbildung anzuwenden sind, um einen effizienten und angemessenen Beitrag zur Gesamtstrategie zu gewährleisten; und
- Überwachungs- und Evaluierungsmechanismen beinhaltet, um den Fortschritt der Strategie zu beurteilen und entsprechende Optimierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Infobox 1.1. Sicherstellung der Relevanz der Strategie durch einen umfassenden und iterativen Konsultationsprozess

In der Vorbereitungsphase der nationalen Finanzbildungsstrategie kamen Mechanismen für die Konsultation, Koordination und den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Stakeholdern zur Anwendung. Dadurch wurde sichergestellt, dass die Erfahrungen der österreichischen Stakeholder aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor in die Strategie Einfluss finden und die österreichspezifischen Bedürfnisse bei der Erarbeitung der Ziele und des Aktionsplans der Strategie berücksichtigt wurden.

Vorbereitungsphase: Stakeholder-Konsultation, Workshop und Veröffentlichung eines „Mapping-Berichts“

Die Bestandsaufnahme des bestehenden Finanzbildungsangebots in Österreich erfolgte durch eine nationale Konsultation unter Stakeholdern aus den für Finanzbildung relevanten Bereichen. Diese wurden anhand von Kriterien wie ihrem öffentlichen oder regulatorischen Charakter, ihrer nachweislichen Erfahrung, Kompetenz und ihrem Engagement im Umgang mit Finanzbildungsthemen oder der Bedeutung ihrer Aktivitäten für Konsumentinnen und Konsumenten ermittelt. Der Fragebogen wurde im Juli 2020 ausgesendet; Antworten konnten bis September 2020 eingebracht werden. Neununddreißig Stakeholder aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor nahmen an der Konsultation teil und lieferten Informationen über mehr als 90 Finanzbildungsinitiativen. Im Anschluss an die Konsultation wurden diese Stakeholder zur Teilnahme und Mitwirkung an einem nationalen Workshop eingeladen.

Der Workshop, der aufgrund der COVID-19-Pandemie virtuell abgehalten wurde, setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stakeholder, die an der Stakeholder-Konsultation teilgenommen hatten, Fachleuten des OECD-Sekretariats und der Europäischen Kommission sowie internationalen Delegierten des internationalen Netzwerks für Finanzbildung der OECD (OECD/INFE¹) zusammen, die ihre Erfahrungen – insbesondere in Bezug auf die Rolle von Stakeholdern bei der Umsetzung nationaler Strategien – präsentierten.

Ausgehend von den im Rahmen der Stakeholder-Konsultation und des Workshops von den Stakeholdern gelieferten Inputs, Sekundärerhebungen und den verfügbaren Finanzbildungsdaten (OECD, 2020a) wurde ein Mapping-Bericht (OECD, 2021a) erarbeitet. Im Einklang mit der Empfehlung des OECD-Rats zur Finanzbildung (OECD, 2020c), die sich für eine aktive Berichterstattung und Veröffentlichung der Ergebnisse der Vorbereitungsphase einer nationalen Strategie

ausspricht, wurde der Mapping-Bericht im Rahmen einer Pressekonferenz des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) vorgestellt² und auf den Internetseiten von BMF und OECD veröffentlicht.

Finalisierung der nationalen Strategie: Konsultation zu Zielen und Action Tools

Auch bei der Ausarbeitung des endgültigen nationalen Strategiedokuments wurden die Stakeholder im Bereich Finanzbildung konsultiert. Aufbauend auf den Empfehlungen des Mapping-Berichts arbeiteten OECD und BMF Entwürfe für die Ziele aus, die in der nationalen Strategie verankert werden sollten. Diese Ziele wurden im Rahmen von vier Workshops, die im April und Mai 2021 unter dem Vorsitz des BMF stattfanden, mit den Stakeholdern diskutiert:

- Arbeitsgruppe Basisfinanzbildung
- Arbeitsgruppe Kapitalmarktwissen
- Arbeitsgruppe Zukunftsvorsorge
- Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung

Die Mitwirkenden dieser vier Workshops erörterten die Zielentwürfe für die nationale Strategie und lieferten wertvolle Beiträge zu deren endgültiger Formulierung.

1 Siehe www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Financial-literacy-in-austria-relevance-evidence-provision.pdf

2 <https://www.bmf.gv.at/presse/pressemitteilungen/2021/maerz/finanzbildung.html>

2

Vision und Ziele

Definition von Finanzbildung

Die nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich zieht anerkannte internationale Standards als ihre Grundlage heran und beurteilt deren Relevanz vor dem Hintergrund der spezifischen nationalen Gegebenheiten. Durch den umfassenden Konsultationsprozess, der in die Definition der Strategie mündete, erhielten die Stakeholder die Möglichkeit, die Bedeutung von Finanzbildung im österreichischen Kontext intensiv zu diskutieren.

Die Strategie übernimmt die von der OECD (OECD, 2020c) entwickelte, weltweit anerkannte Definition von Finanzbildung, die auch von der Europäischen Kommission (EC, 2021) und den G20 verwendet wird, und ergänzt sie um einen Aspekt, der von den Stakeholdern als besonders wichtig eingestuft wurde: die Bedeutung der Rolle des Individuums in Wirtschaft und Gesellschaft und seines Beitrags zu deren nachhaltiger Entwicklung.

Die nationale Finanzbildungsstrategie für Österreich definiert den Begriff „Finanzbildung“ folgendermaßen:

Eine Kombination aus finanziellem Bewusstsein, Wissen, Fähigkeiten, Einstellungen und Verhaltensweisen, die notwendig sind, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen und letztendlich individuelles finanzielles Wohlergehen zu erreichen³ und zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen

Vision der Strategie

Die nationale Finanzbildungsstrategie soll dazu beitragen, das finanzielle Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung zu verbessern und die Effektivität von Finanzbildungsinitiativen in Österreich zu steigern.

Die Vision der Strategie ist, dass Stakeholder in Österreich aus dem öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Sektor in einen ständigen Dialog treten, an der Realisierung

3 Der OECD-Rahmen für finanzielles Wohlergehen berücksichtigt objektive und subjektive Elemente des finanziellen Wohlergehens, einschließlich objektiver Faktoren, die zur finanziellen Widerstandsfähigkeit beitragen (wie beispielsweise verfügbares Einkommen, Privatvermögen und finanzielle Kontrolle), sowie eine subjektive Bewertung der alltäglichen Finanzsituation und längerfristiger Finanzpläne. Außerdem berücksichtigt der OECD-Rahmen für finanzielles Wohlergehen die Bedeutung einer Reihe von Faktoren, die mit dem finanziellen Wohlergehen in Verbindung stehen oder dieses indirekt fördern, wie beispielsweise Wissensstand und Fähigkeiten, einschließlich Anpassungsfähigkeit und Selbstkontrolle, körperliche und geistige Gesundheit, Unterstützung durch Freunde, Familie und das weitere soziale Umfeld sowie wirtschaftliche Stabilität und Wachstum.

gemeinsamer Ziele arbeiten und evidenzbasierte, sich gegenseitig verstärkende Initiativen umsetzen. Als Ergebnis sollen die Österreicherinnen und Österreicher:

- ihre Rolle im gesamtwirtschaftlichen Umfeld verstehen und wissen, wie sie durch ein informiertes und verantwortungsbewusstes persönliches Finanzmanagement zu dessen nachhaltiger Entwicklung beitragen können,
- eine langfristige Sichtweise in Bezug auf Geld- und Finanzfragen entwickeln und vorausplanend handeln, um die finanzielle Sicherheit über das Erwerbsalter hinaus zu gewährleisten, und
- in verschiedenen Lebensphasen Unterstützung bei der Aneignung des von ihnen benötigten Finanzwissens erhalten und wissen, wo sie einfach zugängliche, an ihre Situation angepasste und qualitativ hochwertige Finanzbildungsangebote finden können.

Vier politische Hauptprioritäten

Die Vision der Strategie wird durch koordinierte Maßnahmen der österreichischen Stakeholder zur Umsetzung von vier politischen Hauptprioritäten realisiert. Diese wurden auf der Grundlage quantitativer Daten und qualitativer Informationen ausgewählt, die im Rahmen eines umfassenden Dialogs zwischen öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Stakeholdern im Zuge der Vorbereitungsphase für die Strategie erhoben wurden (siehe Infobox 2.1). Die vier Hauptprioritäten sind:

- Frühzeitig die Grundlagen entwickeln, um solide finanzielle Entscheidungen treffen zu können und eine Überschuldung zu verhindern
- Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen
- Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger
- Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordinierung und Evaluierung

Die vier Hauptprioritäten werden durch drei übergreifende Prioritäten ergänzt: (1) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Initiativen der Strategie, (2) Vermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Nutzung der sich aus der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden ergebenden Vorteile notwendig sind, an die österreichische Bevölkerung, und (3) Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten bei nachhaltigen Finanzentscheidungen. Diese übergreifenden Prioritäten sollten bei der Konzeptionierung und Umsetzung der Action Tools der nationalen Strategie sowie bei der Entwicklung und Umsetzung neuer Finanzbildungsinitiativen berücksichtigt werden.

Der Aktionsplan der Strategie (siehe Aktionsplan der Strategie (2021–2026)) enthält weitere Einzelheiten zu diesen Prioritäten und legt für jede Priorität nachgeordnete Ziele und Action Tools fest, die zur Realisierung der Prioritäten im Zeitraum von 2021 bis 2026 beitragen sollen.

Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung

Junge Menschen müssen heute tendenziell früh in ihrem Leben finanzielle Entscheidungen treffen. Auch werden Finanzdienstleistungen zunehmend von jungen Menschen konsumiert. Der Eintritt in das Erwachsenenalter geht in der Regel mit zunehmend komplexeren und risikoreicheren Finanzentscheidungen einher. Daher ist es wichtig, mit der Finanzbildung von jüngeren Generationen so früh wie möglich zu beginnen und diese auch im Erwachsenenalter fortzusetzen.

Untersuchungen zeigen, dass Erwachsene in Österreich von Finanzbildungsinitiativen profitieren könnten, die sich mit dem Umgang mit Geld befassen, um positive finanzielle Verhaltensweisen wie Budgetplanung zu fördern und eine Überschuldung zu verhindern, insbesondere bei jungen Menschen und den sozioökonomisch schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft.

- Während 75 % der Österreicherinnen und Österreicher angeben, ein persönliches Budget zu führen, erstellen nur 33 % einen Plan zur Verwaltung ihrer Einnahmen und Ausgaben und verwenden eine App oder ein Finanzmanagement-Tool, um ihre Ausgaben zu kontrollieren (OECD, 2020a). Mangelnde Kompetenz im Umgang mit Geld ist eine der Ursachen für Überschuldung: Von den Personen, die Privatinsolvenz anmelden, geben fast 20 % an, nicht über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten in Bezug auf Geldmanagement und Budgetierung zu verfügen. Irrationales Konsumverhalten ist der dritthäufigste Grund für Überschuldung (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020).
- Bei Eintritt eines Einkommensausfalls hätten knapp 37 % der Österreicherinnen und Österreicher finanzielle Rücklagen für einen Monat oder weniger (13,4 % für etwa eine Woche), 21 % für ungefähr drei Monate und 31,4 % für sechs Monate oder mehr (OECD, 2020a).
- Jüngere Generationen verfügen über weniger Finanzwissen und legen ein risikoreicheres und weniger vorausschauendes Verhalten an den Tag als andere Altersgruppen (Fessler et al., 2020).
- Jede vierte Klientin/jeder vierte Klient von Schuldenberatungsstellen ist unter 30 Jahre alt und hat rund 30.000 Euro Konsumschulden (ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020).

- Durch die sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Krise, die Einkommensverluste sowie Schwierigkeiten bei der Begleichung laufender Rechnungen und der Erfüllung anderer finanzieller Verpflichtungen zur Folge hatte, dürfte sich die Situation zusätzlich verschlechtert haben (OECD, 2020g).

Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen

Untersuchungen zu den Bereichen Finanzwissen und -verhalten sowie Daten zur Beteiligung an den Kapitalmärkten und betrieblichen Altersvorsorgeplänen lassen erkennen, dass die österreichische Bevölkerung – insbesondere Frauen – von Finanzbildungsinitiativen profitieren könnten, die ihnen helfen würden, ihre finanziellen Ressourcen langfristig besser zu verwalten.

- Die Österreicherinnen und Österreicher planen nicht langfristig genug. Während 87,8 % aktiv sparen, verfolgen nur 53,1 % ein langfristiges finanzielles Ziel. Die Nutzung von Möglichkeiten zur freiwilligen betrieblichen Altersvorsorge ist mit weniger als 15 % gering, und weniger als 10 % investieren in Kapitalmärkte (OECD, 2019a; OECD, 2020a; OeNB, 2019).
- Diese Verhaltensweisen gehen mit einem geringen Verständnis von Konzepten einher, die für eine effektive langfristige Verwaltung finanzieller Ressourcen von entscheidender Bedeutung sind: 51 % der erwachsenen Österreicherinnen und Österreicher konnten eine Frage zum Zinseszinsseffekt, einem wichtigen Konzept für den langfristigen Vermögensaufbau, Investitionen und Alterseinkommen, nicht richtig beantworten, und 38,7 % scheiterten an einer Frage zur Risikostreuung, einem weiteren Konzept, das bei der effektiven langfristigen Verwaltung von finanziellen Ressourcen eine wichtige Rolle spielt (OECD, 2020a).
- Die Österreicherinnen und Österreicher sorgen sich um ihre finanzielle Absicherung im Alter: Fast 80 % der befragten Erwachsenen bewerten mangelnde finanzielle Sicherheit im Alter als eines der drei größten Risiken, denen sie ausgesetzt sind (OECD, 2019d).
- Das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle in Österreich zählt zu den größten in der EU, wobei das Pensionseinkommen von Frauen im Durchschnitt 42 % niedriger ist als das von Männern, obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen über dem EU-Durchschnitt liegt (OECD, 2021b; Mairhuber und Mayrhuber, 2020).
- Der Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher, die in Aktien und Wertpapiere investieren, ist mit 9,1 % sehr niedrig. Dahinter verbergen sich große Unterschiede, z. B. gemessen am Bildungsgrad: 20,9 % der Personen mit einem abgeschlossenen postgradualen Studium investieren in Aktien und Wertpapiere, 16 % der Personen mit einem reinen Hochschulabschluss und 9,5 % der Personen mit Sekundarschulbildung. Noch deutlicher ist der Unterschied bei Betrachtung

des Beschäftigungsstands: 21,3 % der selbständig Erwerbstätigen investieren in Aktien und Wertpapiere, jedoch nur 10,7 % der unselbständig Erwerbstätigen (OECD, 2021a).

Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger

Durch die Strategie erhält die österreichische Bevölkerung mehr Möglichkeiten, qualitativ hochwertige Finanzbildungsangebote in allen Lebensphasen in Anspruch zu nehmen und davon zu profitieren. Parallel dazu zielt die Strategie darauf ab, durch die Einrichtung einer nationalen Referenzwebsite als Informationsquelle zum Thema Finanzbildung und mithilfe von Massenkommunikationskampagnen das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung in der gesamten Bevölkerung zu steigern.

- Die meisten Finanzbildungsinitiativen in Österreich richten sich an junge Menschen in Schulen. Dies war bei knapp 60 der 84 Initiativen, die in der Vorbereitungsphase der Strategie analysiert wurden, der Fall (OECD, 2021a). Während es wichtig ist, sicherzustellen, dass der schulischen Vermittlung von Finanzwissen weiterhin eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategie zukommt, und zwar im Einklang mit dem Grundsatzterlass zum fächerübergreifenden Unterrichtsprinzip der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung (BMBWF, 2015) und zur Unterstützung der Einführung von Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema ab 2023 (siehe Infobox 5.2), wird die Strategie auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und bestimmter besonders gefährdeter Zielgruppen eingehen, denen derzeit nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung

Im Rahmen der Strategie werden dauerhafte Koordinierungsmechanismen zwischen öffentlichen, privaten und gemeinnützigen Stakeholdern eingerichtet, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und den Informationsaustausch sowie die Entwicklung von Initiativen, die auf gesicherten Erkenntnissen aufbauen und die Bedürfnisse der Zielgruppen in allen Lebensphasen kohärent berücksichtigen, zu fördern.

- Neununddreißig Stakeholder in Österreich sind aktiv an der Vermittlung von Finanzwissen beteiligt, darunter Ministerien, Finanzaufsichtsbehörden, NGOs, Stiftungen und der private Sektor (OECD, 2021a). Ihr Engagement, die Qualität ihrer Arbeit und die Vielfalt der angebotenen Programme sind bemerkenswert. Allerdings erfolgt die Bereitstellung von Finanzbildungsangeboten unkoordiniert, was dazu

- führt, dass einige Zielgruppen mit diesen Angeboten nicht erreicht werden, Synergien nicht erkannt und gemeinsame, evidenzbasierte Ziele nicht erreicht werden.
- Außerdem überwachen die meisten Stakeholder zwar die Umsetzung ihrer Initiativen – eine Bewertung der Ergebnisse erfolgt aber nur in wenigen Fällen. Durch Überwachung und Evaluierung einzelner Finanzbildungsprogramme kann ein wesentlicher Beitrag zur Einschätzung der Auswirkungen der Gesamtstrategie geleistet werden.

Übergreifende Prioritäten

Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter

Alle im Rahmen der nationalen Strategie durchgeführten Initiativen berücksichtigen die Geschlechterperspektive, da Finanzbildungsmaßnahmen und -initiativen eine Rolle bei der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter spielen können.

Eine Steigerung der Finanzkompetenz kann Frauen dabei helfen, bei der Verwaltung ihrer persönlichen Finanzen unabhängiger zu werden, ihr Selbstvertrauen im Umgang mit Finanzangelegenheiten stärken und sie unterstützen, geeignete langfristige Strategien zu verfolgen, um dem geschlechtsspezifischen Pensionsgefälle entgegenzuwirken. Außerdem tragen Frauen vielfach die Hauptverantwortung für die Kindererziehung, treffen wichtige und tagtägliche Entscheidungen bei der Verwaltung der Haushaltsressourcen und spielen eine wichtige Rolle bei der Weitergabe finanzieller Kompetenzen und Gewohnheiten an jüngere Generationen. Daher müssen sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse künftiger Generationen über ein angemessenes Maß an Finanzbildung verfügen.

Trotz der erzielten Fortschritte und des wachsenden Konsens in der Gesellschaft, dass ein besseres Gleichgewicht der Chancen und Lebensentscheidungen zwischen den Geschlechtern erreicht werden muss, liegt in Österreich immer noch keine Gleichstellung der Geschlechter vor (OECD, 2015a). Das finanzielle Wohlstandsgefälle zwischen den Geschlechtern ist in Österreich größer als in vergleichbaren Ländern – besonders bei Pensionen. Obwohl die Wirtschaftsleistung pro Kopf in Österreich deutlich höher ist als im EU-Schnitt und auch die Frauenbeschäftigungsquote über dem EU-Schnitt liegt, ist die Pensionslücke zwischen Frauen und Männern dennoch die viertgrößte in der EU (Mairhuber und Mayrhuber, 2020). Die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei den Pensionen ist das Ergebnis kumulierter struktureller Ungleichheiten – insbesondere der schwächeren Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und der anhaltenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung – und wird durch mangelndes Bewusstsein und Wissen über die Funktionsweise des Pensionssystems und der Pensionslücke noch verstärkt.

Die von der Sektion Frauen und Gleichstellung im Bundeskanzleramt (BKA) durchgeführten Fokusgruppen zeigen, dass sich Frauen in Österreich bisher kaum mit dem Thema Pensionen auseinandergesetzt haben, da erhebliche psychologische Barrieren in diesem Bereich bestehen und sie befürchten, im Alter nur eine sehr niedrige Pension zu erhalten. Die geführten Interviews zeigen auch, dass das Wissen über die Funktionsweise des österreichischen Pensionssystems gering ist und die vorhandenen Informationen (analog und digital) des Sozialministeriums, der Sektion Frauen und Gleichstellung des BKA, der Pensionsversicherungsträger und der Arbeiterkammer häufig nicht ausreichend genutzt werden.

Sicherstellen, dass Konsumentinnen und Konsumenten von der Digitalisierung profitieren

Im Rahmen der Strategie werden Lernressourcen und Instrumente bereitgestellt, damit die österreichische Bevölkerung von den Chancen der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden auf den EU-Finanzmärkten profitieren kann, und gleichzeitig sichergestellt ist, dass die Menschen wissen, wie sie sich und ihre persönlichen Daten schützen können (OECD, 2018a; OECD, 2018b; OECD, 2020f).

Österreichs Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend mit der Nutzung digitaler Kommunikationskanäle durch etablierte, ihnen vertraute Anbieter und mit dem Markteintritt neuer Fintech-Akteure konfrontiert sein (FMA, 2020). Außerdem werden sie mit dem zunehmenden Einsatz digitaler Technologien in Finanzdienstleistungen – API-Schnittstellen im Rahmen der EU-Zahlungsdiensterichtlinie (PSD II), Zahlungs-Apps, digitale Authentifizierung und Autorisierung sowie neue digitale Produkte – zurechtkommen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch lernen, wie sie sich vor digitalem Betrug und betrügerischen Aktivitäten schützen können. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie (FMA, 2021) ist ein deutlicher Anstieg der Betrugsfälle – vor allem in Form von Phishing-Aktivitäten, d. h. Versuchen, Personen zur Preisgabe vertraulicher Kontoinformationen zu verleiten – zu verzeichnen. Rund 60 % der Betrugsoffer verloren ihr Geld im Internet, und rund die Hälfte aller Betrugsmethoden stellen auf Investitionen in Krypto-Assets ab.

Unterstützung der Konsumentinnen und Konsumenten, nachhaltige finanzielle Entscheidungen zu treffen

Die Strategie wird die zunehmende Bedeutung von ökologischer Nachhaltigkeit und ESG-Faktoren (d. h. die Bereiche Umwelt, Soziales und Governance betreffende Faktoren) bei Finanzdienstleistungen berücksichtigen und Instrumente und Lernressourcen bereitstellen, um die österreichische Bevölkerung dabei zu unterstützen, diese Ent-

wicklungen zu verstehen und informierte Entscheidungen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten zu treffen. Diese Angebote sollen auch von bereits im Rahmen der Initiative für grüne Finanzbildung erfolgten Aktivitäten sowie Maßnahmen auf EU-Ebene – hier sieht die Strategie der Europäischen Kommission zur Finanzierung einer nachhaltigen Wirtschaft⁴ Rechtsvorschriften zur Unterstützung der Finanzierung bestimmter Wirtschaftstätigkeiten anhand einer Taxonomie nachhaltiger Aktivitäten, nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten, Benchmarks, spezifische Kundenberatung, aufsichtsrechtliche Vorschriften und Gütesiegel vor – profitieren.

Ein zunehmendes Bewusstsein für Nachhaltigkeit im Finanzwesen und die damit verbundenen Auswirkungen wird auch das Verständnis für die in diesem Bereich verfolgte Regierungspolitik steigern und zu ihrem Erfolg beitragen. So kann durch die Mobilisierung privater Ersparnisse und verstärktes Interesse an nachhaltigen Investitionen ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung von Österreichs Green Finance Agenda⁵ und des integrierten nationalen Energie- und Klimaplan (BMK, 2019), die auf der EU-Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz (EU, 2018) basieren, geleistet werden.

Die Strategie soll die Konsumentinnen und Konsumenten dabei unterstützen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen und sie gleichzeitig über Greenwashing und irreführende Marketingstrategien aufklären, die Finanzprodukten und -dienstleistungen fälschlicherweise ein besonders nachhaltiges Image verleihen, da diese Praktiken das Vertrauen in das System untergraben können.

Infographik 2.1: Politische und übergreifende Prioritäten der nationalen Strategie für Finanzbildung

Gleichstellung der Geschlechter / Digitalisierung / nachhaltige finanzielle Entscheidungen			
Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung	Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen	Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger	Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung

4 Siehe https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-renewed-strategy_en
 5 Siehe https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/green_finance.html

Infobox 2.1. Mapping-Bericht zur nationalen Finanzbildungsstrategie: Schlüsselempfehlungen

In dem von OECD und BMF im Vorfeld der nationalen Finanzbildungsstrategie erarbeiteten und im März 2021 veröffentlichten Mapping-Bericht (OECD, 2021a) wurden Schlüsselempfehlungen zur Steigerung der Reichweite und Wirksamkeit von Finanzbildungsinitiativen in Österreich ermittelt. Diese Empfehlungen bildeten den Ausgangspunkt für die Diskussion der Kernelemente der nationalen Finanzbildungsstrategie und ihrer wichtigsten Ziele.

Der Bericht ruft zu folgenden Aktivitäten auf:

- Einbeziehung aller Stakeholder, um eine wirksame und effiziente Koordination zu ermöglichen:
 - Schaffung eines Rahmens für die Zusammenarbeit
 - Verabschiedung einer gemeinsamen, an den österreichischen Kontext angepassten Definition von Finanzbildung
 - Entwicklung eines Verhaltenskodex für die Einbindung privater und gemeinnütziger Stakeholder
- Zielgruppen auf Basis von Fakten und Analysen:
 - Sicherstellen, dass nicht nur junge Menschen in Schulen Zugang zu hochwertiger Finanzbildung haben
 - Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, (potenziellen) Privatanlegerinnen und Privatanlegern, berufstätigen Erwachsenen sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmern, Seniorinnen und Senioren, der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der ländlichen Bevölkerung
- Erreichen der gesamten Bevölkerung durch einen umfassenden Ansatz:
 - Einrichtung einer nationalen Referenzwebsite als Informationsquelle zum Thema Finanzbildung
 - Durchführung von Massenkommunikationskampagnen
 - Rationalisierung der Vermittlung von Finanzwissen an Schulen
 - (Weiter-)Entwicklung von Finanzbildungsangeboten am Arbeitsplatz
 - Nutzung der Erfahrung und des Fachwissens von Stakeholdern, die innovative (in vielen Fällen digitale) Ansätze zur Bereitstellung von Finanzbildung entwickelt haben
- Berücksichtigung aller Bereiche, die das finanzielle Wohlergehen unterstützen, und Sicherstellung, dass die Programme auf alle Kernkompetenzen abzielen, die für das finanzielle Wohlergehen und die langfristige finanzielle Widerstandsfähigkeit erforderlich sind
- Förderung von Forschung und Programmevaluierung

3

Integrative Governance- Struktur

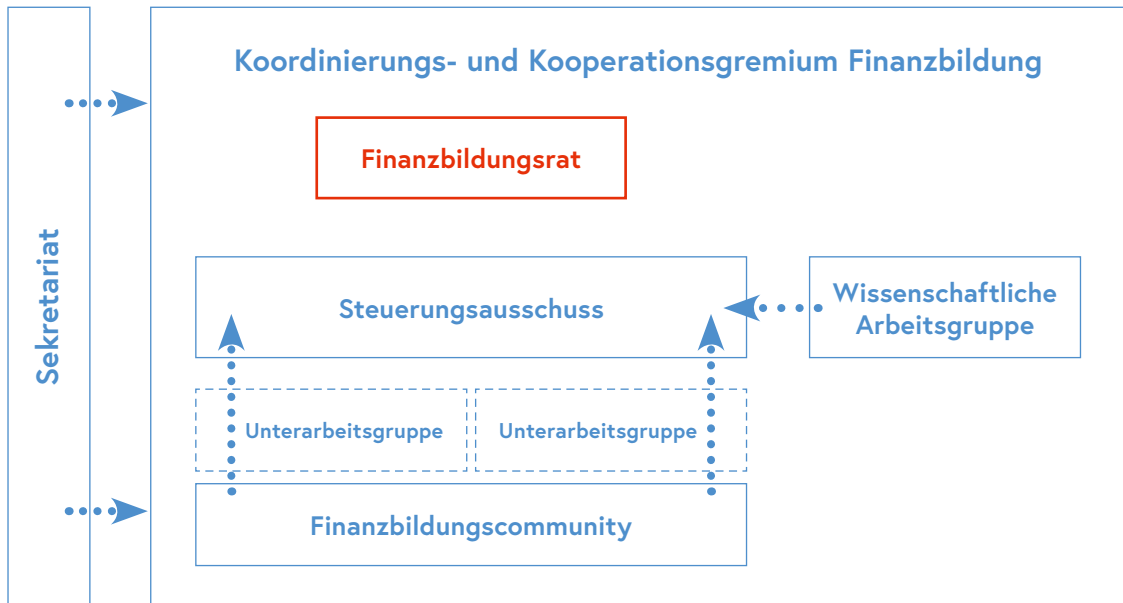
für effektive Führung und
Zusammenarbeit

In Übereinstimmung mit der Empfehlung der OECD zur Finanzbildung (OECD, 2020c) definiert die Strategie eine transparente Governance-Struktur (siehe Infografik 3.1), die Führungsrollen festlegt, klare Verantwortlichkeiten für die Umsetzung und Überwachung der gesamten Strategie zuweist, die institutionalisierte Zusammenarbeit unterstützt und ständige Schnittstellen für den Dialog zwischen den Stakeholdern im Bereich Finanzbildung und interessierten Akteuren in Österreich vorsieht.

Im Rahmen der Strategie wird ein Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung – mit Entscheidungs-, Aufsichts- und Beratungsfunktionen eingerichtet, das von einem Sekretariat unterstützt wird. Das Gremium setzt sich aus einem Finanzbildungsrat, einem Steuerungsausschuss, einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe und der Finanzbildungscommunity zusammen, wobei themenbezogene Unterarbeitsgruppen gebildet werden können.

- Der **Finanzbildungsrat** ist für die Leitung und Kontrolle der gesamten Strategie verantwortlich und ist das oberste Entscheidungsorgan im Rahmen der Strategie.
- Der **Steuerungsausschuss** gewährleistet die ständige Vertretung der österreichischen Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher, des Privatsektors und der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Form von Ministerien und öffentlichen Einrichtungen, Schuldnerberatungsstellen und Arbeitnehmerorganisationen sowie bedeutenden privatwirtschaftlichen Verbänden und wissenschaftlicher Einrichtungen.
- Durch die Einsetzung einer **wissenschaftlichen Arbeitsgruppe** wird sichergestellt, dass die wissenschaftliche Gemeinschaft an der Konzeptionierung und Umsetzung der Strategie beteiligt ist.
- Darüber hinaus können ständige oder befristete **Unterarbeitsgruppen** mit Vertretern aus dem Steuerungsausschuss und der Finanzbildungscommunity eingerichtet werden. Sie können als Quelle für Fachwissen und Erfahrungen in wichtigen Themenbereichen herangezogen werden und sich mit spezifischen operativen Erfordernissen der Strategie befassen.
- Die Strategie sieht auch eine **Finanzbildungscommunity** vor, die alle Institutionen in Österreich umfasst, die im Bereich der Finanzbildung tätig sind und ein Interesse daran haben, an der nationalen Strategie mitzuwirken. Mit der Finanzbildungscommunity werden Kooperation und gemeinsame Werte als Grundsätze in der Strategie verankert.

Infografik 3.1. Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung



Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung

Der Finanzbildungsrat des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung (im Folgenden: „Gremium“) wird sich anfänglich aus vier österreichischen Institutionen und der Steuerungsausschuss aus 19 Stellen der öffentlichen Hand und nichtöffentlichen Organisationen zusammensetzen. Damit wird eine umfassende Repräsentation der Stakeholder im Bereich Finanzbildung über ganz Österreich hinweg sichergestellt (siehe Tabelle 3.1). Der Finanzbildungsrat kann die Aufnahme weiterer Mitglieder in beide Gremien beschließen.

Die Mitglieder des Finanzbildungsrats werden vor Verabschiedung der Strategie eine Geschäftsordnung ausarbeiten und beschließen, mit der die Entscheidungsprozesse und die Koordination innerhalb des Gremiums geregelt werden.

Tabelle 3.1. Zusammensetzung von Finanzbildungsrat und Steuerungsausschuss des Gremiums

Rollen	Mitglieder
Steuerungsausschuss	Bundesministerium für Finanzen (BMF)
	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)
	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)
	Oesterreichische Nationalbank (OeNB)
	Potenzielle Vertreter des gesamten Privatsektors/ NGOs
	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW)
	Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)
	Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT)
	Österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA)
	Umweltbundesamt Österreich
	Bundeskanzleramt – Sektion Frauen und Gleichstellung
	Bundesarbeitskammer Österreich
	Dachverband der Schuldnerberatungen in Österreich (ASB Schuldnerberatungen GmbH)
	Wirtschaftskammer Österreich (WKO)
	Wirtschaftskammer Österreich – Bundessparte Banken & Versicherungen ⁶
	Industriellenvereinigung
	Wirtschaftsuniversität Wien (WU Wien)
	Universität Innsbruck
	Universität Wien
Institut für Höhere Studien	

Hinweis:
Für eine Beschreibung der Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Finanzbildung, siehe Mapping-Bericht: OECD (2021), Financial Literacy in Austria: Relevance, Evidence and Provision.

6 Die WKO-Bundessparte Banken und Versicherungen umfasst alle Banken, Versicherungen und Pensionskassen in Österreich. Mitglieder sind der Fachverband der Banken und Bankiers, der Fachverband der Sparkassen, der Fachverband der Volksbanken, der Fachverband der Raiffeisenbanken, der Fachverband der Landes-Hypothekenbanken, der Fachverband der Versicherungsunternehmen und der Fachverband der Pensionskassen.

Finanzbildungsrat

Zusammensetzung

Das Gremium wird von einem Finanzbildungsrat geleitet, das sich aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zusammensetzt.

Die Ministerien und der Gouverneur der OeNB ernennen ihre jeweiligen Beauftragten, die ihre Institution im Finanzbildungsrat vertreten, können jedoch auch beschließen, bei wesentlichen Meilensteinen in der Umsetzung der Strategie selbst anwesend zu sein.

Durch die Mitwirkung dieser Institutionen wird die nationale Strategie als unparteiisch und glaubwürdig wahrgenommen, was dazu beiträgt, Finanzbildung auf höchster politischer Ebene und in der Gesellschaft insgesamt zu fördern. Ihre ausdrücklichen Mandate und ihre Expertise und Erfahrungswerte in den Bereichen Finanzbildung, finanzieller Verbraucherschutz und Bildungswesen gewährleisten eine klare Führungslinie und einen ganzheitlichen Ansatz bei der Bereitstellung von Finanzbildung und der Vermittlung von Finanzkompetenz für die gesamte österreichische Bevölkerung.

- Das **Bundesministerium für Finanzen (BMF)** ist dafür zuständig, die Konzeptionierung der nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich zu initiieren und das Engagement der Öffentlichkeit am Kapitalmarkt zu fördern.
- Das **Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)** ist für die Inhalte von Lehrplänen an Schulen zuständig, wobei die Zuständigkeit des BMBWF das gesamte Bildungswesen – von der Elementarpädagogik bis zur Hochschulreife sowie Berufsschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen – umfasst. Zu den Kernaufgaben des BMBWF zählt es, junge Menschen mit dem für das Leben und den künftigen Beruf erforderlichen Wissen und Können auszustatten, ihr selbständiges Urteilsvermögen heranzubilden und sie zur Teilhabe am Wirtschafts- und Kulturleben zu befähigen.
- Das **Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)** ist mit der allgemeinen Koordination der Verbraucherpolitik in Österreich betraut, wobei ein explizites Mandat den finanziellen Verbraucherschutz betrifft. Das BMSGPK arbeitet regelmäßig mit Konsumentenorganisationen zusammen und unterstützt deren Aktivitäten, erörtert verbraucherpolitische Anliegen und deren Behandlung mit Vertretern von Verbraucherschutzinstitutionen,

insbesondere im Rahmen des vom Ministerium eingerichteten konsumentenpolitischen Forums. Es beteiligt sich finanziell an den Aktivitäten des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), dessen außerordentliches Mitglied es ist, und an den Aktivitäten des Dachverbands der Schuldnerberatungen in Österreich (ASB Schuldnerberatungen GmbH). Darüber hinaus stellt das BMSGPK Lehrkräften, die sich mit der Vermittlung von Finanzwissen befassen, Materialien zur Verbraucherbildung zur Verfügung⁷ und organisiert Workshops in diesem Bereich, da das Konsumverhalten ein wesentlicher Faktor für das finanzielle Wohlergehen der Menschen ist.

- Die **Oesterreichische Nationalbank (OeNB)** hat die Vermittlung von Finanzwissen zu einer ihrer strategischen Prioritäten erklärt, die auch in ihrem Leitbild verankert ist. Darüber hinaus ist die OeNB Vollmitglied im internationalen Netzwerk für Finanzbildung der OECD (INFE).

Der Finanzbildungsrat wird die Aufnahme zusätzlicher Mitglieder in das Gremium in Betracht ziehen, die den gesamten privatwirtschaftlichen Sektor oder NGOs vertreten, darunter Einrichtungen, die über Fachwissen im Bereich Finanzwissen verfügen und bereit sind, die Umsetzung der Strategie zu unterstützen. Dies wird in Übereinstimmung mit dem Verhaltenskodex, der im Rahmen der Strategie verabschiedet werden soll, und mit den Leitlinien von OECD/INFE für private und gemeinnützige Stakeholder im Bereich der Finanzbildung (OECD, 2014a) erfolgen.

Verantwortlichkeiten und Funktionen

Der Finanzbildungsrat ist das oberste Entscheidungsorgan und für die Leitung und Kontrolle der Strategie verantwortlich. Er tritt mindestens einmal im Jahr zusammen.

Der Finanzbildungsrat wird:

- die mittel- bis langfristige Vision der Strategie vorschlagen und dem Steuerungsausschuss richtungsweisend zur Seite stehen
- Jahrespläne genehmigen, die auf die Prioritäten der Strategie abzielen, indem in Konsultation mit dem Steuerungsausschuss spezifische Action Tools festgelegt werden
- die nationale Strategie in Österreich auf höchster politischer Ebene und in der Öffentlichkeit fördern

⁷ Siehe www.konsumentenfragen.at

Steuerungsausschuss

Zusammensetzung

Der Steuerungsausschuss wird sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die aufgrund ihres Mandats, ihrer nachweislichen Kompetenz und Erfolgsbilanz bei der Konzeptionierung und Umsetzung von Maßnahmen oder Initiativen im Bereich Finanzbildung ausgewählt wurden und keine kommerziellen Interessen verfolgen.

Diese Zusammensetzung ermöglicht eine breite Repräsentation der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung:

- umfassende Vertretung der Regierung (sechs Bundesministerien) und der Finanzaufsichtsorgane (OeNB, Finanzmarktaufsicht)
- Konsumentinnen und Konsumenten (Dachverband der Schuldnerberatungen, Arbeiterkammer)
- Privatwirtschaft (Industrieverbände)
- Forschungsgemeinschaft (Universitäten und unabhängige Forschungsinstitute)

Den Vorsitz im Steuerungsausschuss führen die im Finanzbildungsrat vertretenen Institutionen, wobei die Modalitäten in der Geschäftsordnung der nationalen Strategie festgelegt sind.

Verantwortlichkeiten und Funktionen

Der Steuerungsausschuss ist für die Umsetzung der Strategie gemäß den Vorgaben des Finanzbildungsrats zuständig und nimmt im Rahmen der Strategie eine beratende Funktion ein. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Ausschusses mit ihren jeweiligen Aktivitäten zur Umsetzung der Strategie beitragen. Der Steuerungsausschuss tagt vierteljährlich; bei Bedarf können zusätzliche Sitzungen anberaumt werden. Zu den Aufgaben des Steuerungsausschusses gehören:

- Fungieren als zentrale Plattform, auf der die wichtigsten österreichischen Stakeholder im Bereich Finanzbildung regelmäßig aktuelle Informationen bereitstellen und für die Finanzbildungspolitik in Österreich relevante Themen diskutieren
- Erarbeitung von Vorschlägen für politische Maßnahmen und Diskussion der Konzeptionierung und Umsetzung von Initiativen zur Realisierung der Strategieziele
- Vorgabe von Leitlinien für die einzelnen Programme, die von österreichischen Stakeholdern auf Basis des Aktionsplans der Strategie durchgeführt werden
- Überwachung und Evaluierung der nationalen Strategie

- Organisation von Veranstaltungen, die zu den Strategiezielen beitragen, zusammen mit Mitgliedern der Finanzbildungscommunity
- Einsetzung von Unterarbeitsgruppen, Diskussion ihrer Zusammensetzung und ihrer jeweiligen Aufgaben sowie Überwachung ihrer Tätigkeit

Wissenschaftliche Arbeitsgruppe

Vom Steuerungsausschuss wird eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe als ständige Unterarbeitsgruppe eingerichtet, dessen konkrete Zusammensetzung im Zuge der anfänglichen Umsetzung der Strategie bestimmt wird. Die Einsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe baut auf der bestehenden Zusammenarbeit zwischen den im Bereich der Finanzbildung und in der Wissenschaft angesiedelten Stakeholdern auf und wird den Beitrag der Forschungsgemeinschaft zur Konzeptionierung und Umsetzung der Strategie unterstützen.

Durch die Einsetzung einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe:

- erhalten die Mitglieder der Forschungsgemeinschaft eine Plattform, um akademische Fragen, die für die Strategie von Bedeutung sind, unter Beteiligung weiterer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Abteilungen ihrer Einrichtungen eingehend zu erörtern
- erhalten die Mitglieder des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung für Finanzbildung eine Informationsquelle, die es ihnen ermöglicht, sich über die aktuellsten wissenschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Finanzbildung und diesbezüglichen politischen Maßnahmen auf dem Laufenden zu halten
- wird den Mitgliedern der Forschungsgemeinschaft die Möglichkeit geboten, einen Beitrag zur Konzeptionierung, Überwachung und Evaluierung der Strategie zu leisten

Unterarbeitsgruppen

Der Steuerungsausschuss kann Unterarbeitsgruppen einsetzen, die sich mit Politikbereichen oder Initiativen befassen oder bestimmte Aufgaben im Rahmen der Strategieumsetzung wahrnehmen.

Die Einrichtung von Unterarbeitsgruppen baut auf den umfassenden Fachkenntnissen und Erfahrungswerten der Mitglieder des Steuerungsausschusses und der Finanzbildungscommunity auf und ermöglicht die gezielte Behandlung thematischer Fragen (z. B. Finanzbildung in Schulen oder ökologische Nachhaltigkeit) sowie operativer Aufgaben (z. B. Überwachung oder Evaluierung). Die Unterarbeitsgruppen werden von

einem Mitglied des Steuerungsausschusses geleitet und setzen sich aus Mitgliedern des Finanzbildungsrats und der Finanzbildungscommunity zusammen.

Finanzbildungscommunity

Die Finanzbildungscommunity umfasst Stakeholder in Österreich, die im Finanzbildungsbereich tätig sind und den Verhaltenskodex, der im Rahmen der nationalen Strategie erstellt wird, einhalten.

Die Finanzbildungscommunity wird:

- ihr Fachwissen einbringen, wenn sie vom Steuerungsausschuss zu konkreten Vorschlägen für politische Maßnahmen oder Initiativen konsultiert wird
- vom Sekretariat regelmäßig Informationen erhalten
- zur Umsetzung der Gesamtstrategie beitragen, indem sie Finanzbildungsinitiativen unter Einhaltung des Verhaltenskodex durchführt (siehe 4.1. Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern)
- auf Aufforderung des Steuerungsausschusses an den Unterarbeitsgruppen teilnehmen

Sekretariat für die nationale Finanzbildungsstrategie

Unterstützt wird das Gremium für Finanzbildung durch eine im BMF angesiedelte Geschäftsstelle, die mit Vollzeitbeschäftigten des BMF besetzt ist und eng mit allen Mitgliedsinstitutionen des Finanzbildungsrats und Steuerungsausschusses zusammenarbeitet. Das Sekretariat fungiert als Koordinationsstelle für die nationale Strategie.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Sekretariats zählen:

- Organisation und Vorbereitung der Sitzungen der Gremien (Finanzbildungsrat, Steuerungsausschuss, wissenschaftliche Arbeitsgruppe, Unterarbeitsgruppen usw.)
- Erstellung von Diskussionsunterlagen anhand von Vorgaben des Finanzbildungsrats und des Steuerungsausschusses
- Funktion als Hauptansprechpartner für die Organmitglieder des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung, einschließlich der Finanzbildungscommunity, sowie für externe Stakeholder, und Unterstützung der Koordination zwischen den Stakeholdern
- Teilnahme an den Sitzungen des Finanzbildungsrats, des Steuerungsausschusses und der Unterarbeitsgruppen
- Beantwortung von Anfragen der Öffentlichkeit

4

Evidenzbasierte ergebnisorientierte Strategie

Die Überwachung und Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie ist unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsmessung und Rechenschaftslegung von entscheidender Bedeutung, um wertvolle Erkenntnisse zur Verbesserung der Maßnahmen und Strategien im Bereich der Finanzbildung zu gewinnen und zu ihrer langfristigen Nachhaltigkeit beizutragen. Die Ergebnisse dieser Prozesse bilden die Grundlage für den Vergleich mit den gewünschten Ergebnissen und die Durchführung von evidenzbasierten Maßnahmen.

Im Rahmen der Strategie kommt für die Evaluierung der einzelnen Finanzbildungsprogramme ein einheitlicher Ansatz zur Anwendung. Außerdem erfolgt eine regelmäßige Überwachung des Gesamtfortschritts und eine Evaluierung der durch die Strategie erzielten Auswirkungen durch eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Instrumenten.

Überwachung und Evaluierung der einzelnen Programme mithilfe eines standardisierten Instrumentariums

Die Strategie zielt darauf ab, präzise und kohärente Evaluierungsverfahren in die Konzeptionierung und Umsetzung von Finanzbildungsinitiativen in Österreich einzubinden, evidenzbasierte Ansätze zu fördern und den Beitrag einzelner Programme zu den übergeordneten Zielen der nationalen Strategie zu unterstützen.

Die Strategie wird:

- einen einheitlichen Rahmen für die Überwachung und Folgenabschätzung von Finanzbildungsinitiativen schaffen, der sich auf die diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) stützt
- die Erhebung standardisierter Informationen über die von Finanzbildungsinitiativen erreichten Personen fördern (unter Berücksichtigung demografischer, sozialer und wirtschaftlicher Merkmale, um sich ein Bild davon zu verschaffen, welche Zielgruppen von Finanzbildungsprogrammen erreicht werden)
- die Anwendung des einheitlichen Evaluierungsansatzes auf alle in Österreich durchgeführten Finanzbildungsinitiativen fördern, indem das Evaluierungsinstrumentarium den Stakeholdern zur Verfügung gestellt und Informationsveranstaltungen zu diesem Thema organisiert werden
- Stakeholder dazu motivieren, Evaluierungen vorzunehmen, die Vorteile von Evaluierungen erläutern und Orientierungshilfen für den Umgang mit damit verbundenen Herausforderungen anbieten
- die Ziele der Strategie klar kommunizieren und alle Stakeholder auffordern, Überlegungen zu der Frage anzustellen, wie einzelne Programme dazu beitragen können, die Ziele der Gesamtstrategie und die gewünschten Ergebnisse (wie z. B. Steigerung der Finanzkompetenz oder Änderung von Verhaltensweisen) zu realisieren.

Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie

Der Aktionsplan legt einen Rahmen für die regelmäßige Überwachung und Evaluierung der nationalen Gesamtstrategie fest und bestimmt Leistungsindikatoren für die Ziele der Strategie (siehe Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools). Der Steuerungsausschuss des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung wird (wenn erforderlich, durch einen eigens dafür eingerichteten Unterausschuss):

- die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Strategie anhand der Jahrespläne, der jeweiligen Prioritäten und der entsprechenden Action Tools überwachen und für einen transparenten Informationsfluss sorgen, der auf einem gemeinsamen Verständnis der zu erfassenden Informationen und anzuwendenden Indikatoren basiert.
- die Auswirkungen der nationalen Strategie mithilfe folgender Maßnahmen evaluieren:
 - Definition jährlicher und längerfristige Leistungsindikatoren (siehe Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools)
 - quantitative Analyse durch regelmäßige Datenerhebungen zum Finanzbildungsstatus der erwachsenen Bevölkerung (unter anderem durch Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien der OECD (OECD, 2018d; OECD, 2020a) und Durchführung nationaler Umfragen zur Finanzbildung und zum finanziellen Wohlergehen) und der jungen Menschen in Schulen durch Teilnahme am Finanzbildungsmodul⁸ der internationalen Schulleistungsstudie der OECD (PISA)
 - qualitative Analyse der Evaluierungsergebnisse der einzelnen Finanzbildungsprogramme (Programminhalte, Vermittlungsmethoden)
 - Beurteilung der Wirksamkeit der institutionellen Mechanismen und der Koordinierung der Strategie bei der Erreichung der angestrebten Ziele, der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und der Vermeidung von Doppelgleisigkeiten
- Diskussion der im Zuge der Überwachung und Evaluierung der Strategie gewonnenen Ergebnisse im Steuerungsausschuss und Kommunikation der Ergebnisse an die Finanzbildungscommunity
- Nutzung der im Rahmen der Überwachung und Evaluierung gewonnenen Daten, um gegebenenfalls die Jahrespläne der Strategie zu ergänzen und mögliche Schwerpunktmaßnahmen zu ermitteln

8 Siehe www.oecd.org/finance/financial-education/oecd-pisa-financial-literacy-assessment.htm

Berichtsmechanismen und Erfahrungsaustausch

Die Struktur der Strategie ermöglicht einen bedarfsgerechten Informationsfluss zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss, innerhalb dieser Ausschüsse sowie zwischen dem Finanzbildungsrat und dem Steuerungsausschuss und der Finanzbildungscommunity. Weiter erleichtert wird dieser Informationsaustausch durch das Sekretariat der Strategie, das ständig personell besetzt ist.

Die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie, einschließlich der Überwachungs- und Evaluierungsergebnisse, werden in Form von jährlichen Berichten an die Regierung und die Öffentlichkeit kommuniziert.

Aufgrund der Mitgliedschaft der OeNB im internationalen Netzwerk für Finanzbildung der OECD (OECD/INFE) und der vom wissenschaftlichen Ausschuss wahrgenommenen Rolle werden die Ergebnisse der Überwachungs- und Evaluierungsprozesse auch an die internationale politische und akademische Gemeinschaft weitergegeben, um das Verständnis für diese Thematik zu verbessern und den Dialog darüber zu fördern.

5

Aktionsplan der Strategie (2021–2026)

Der Aktionsplan der nationalen Finanzbildungsstrategie legt einen Rahmen für die Umsetzung im Zeitraum von 2021 bis 2026 fest. Der Aktionsplan:

- beschreibt die wichtigsten Lebensphasen und die vorrangigen Zielgruppen, die für die Umsetzung der Strategie ermittelt wurden
- erläutert, wie die Strategie Fortschritte in den vier Bereichen mit Hauptpriorität (siehe Vier politische Hauptprioritäten) und bei den übergreifenden Prioritäten erzielen wird; dies erfolgt durch Beschreibung der nachgeordneten Ziele und der Action Tools, die zu deren Erreichung beitragen können

Der Aktionsplan wird durch Jahrespläne ergänzt, die vom Finanzbildungsrat des Koordinierungs- und Kooperationsgremiums Finanzbildung nach Rücksprache mit dem Steuerungsausschuss genehmigt werden. In den Jahresplänen werden Projekte festgelegt, die im Verlauf des betreffenden Jahres durchgeführt werden sollen – aufbauend auf den im Aktionsplan vorgestellten Action Tools. Darüber hinaus weisen die Jahrespläne den Mitgliedern des Steuerungsausschusses operative Verantwortlichkeiten zu und können Mittelbindungen enthalten.

Die politischen Prioritäten der nationalen Strategie sind langfristig ausgelegt und werden bis 2026 nicht zur Gänze erreicht werden. Deshalb wird die nationale Strategie nach fünf Jahren einer Überprüfung unterzogen, um die erzielten Fortschritte zu bewerten, Lehren aus der Umsetzung zu ziehen, Veränderungen auf den Finanzmärkten und in der Gesellschaft zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Strategie weiterhin ein wirksames Mittel ist, um den Bedürfnissen der österreichischen Bevölkerung im Bereich Finanzbildung gerecht zu werden.

Lebensphasen-Ansatz und vorrangige Zielgruppen

Von der Umsetzung der Strategie werden alle Menschen in Österreich profitieren, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozioökonomischem Hintergrund usw. Die Strategie richtet sich zwar an die gesamte Bevölkerung, trägt aber der Tatsache Rechnung, dass Menschen in kritischen Phasen ihres (finanziellen) Lebens mit größerer Wahrscheinlichkeit qualitativ hochwertige Finanzbildungs- und Unterstützungsangebote benötigen. Auch berücksichtigt die Strategie, dass es in Österreich Bevölkerungsgruppen mit bestehenden oder potenziell neu auftretenden Schwachstellen gibt, die gezielt gestärkt werden müssen.

Unterstützung in wichtigen Lebensphasen

Im Rahmen der Strategie wurden acht Lebensphasen identifiziert, in denen die österreichische Bevölkerung – durch eine Kombination aus konventionellen und digitalen Methoden – mit spezifischen Finanzbildungsangeboten unterstützt werden soll (siehe Infobox 5.1). Kriterien für die Auswahl der Lebensphasen waren ihre prägende Bedeutung für den weiteren Lebensverlauf und wichtige finanzielle Entscheidungen, mit denen sie in der Regel verbunden sind.

- **Schule:** Die ersten Schuljahre sind für die Entwicklung nachhaltiger finanzieller Gewohnheiten von entscheidender Bedeutung. Daher müssen effektive pädagogische Konzepte für die Vermittlung von Finanzwissen entwickelt werden, die auf die individuellen Unterrichtsfächer (beispielsweise Geografie und Wirtschaftskunde) abgestimmt sind, damit die Schülerinnen und Schüler Zugang zu qualitativ hochwertigen Finanzbildungsangeboten haben, die von einem ausgebildeten Lehrkörper vermittelt werden (OECD, 2020c).
- **Weiterbildung und lebenslanges Lernen:** Für jene Teile der Bevölkerung, die sich weiterbilden wollen und/oder an Möglichkeiten des lebenslangen Lernens interessiert sind, werden angemessene Finanzbildungsangebote bereitgestellt, die ihren Bedürfnissen entsprechen.
- **Erster Beruf:** Menschen, die in den Arbeitsmarkt einsteigen, sei es über einen Ferienjob oder die erste Arbeitsstelle als junge Erwachsene, müssen über das nötige Rüstzeug verfügen, um einen Gehaltszettel und Arbeitsvertrag zu verstehen. Sie sollen lernen, das erste verdiente Geld sinnvoll zu verwenden und im Rahmen ihrer finanziellen Verhältnisse zu leben.
- **Arbeitsleben:** Im Berufsleben stehende Erwachsene müssen wissen, wie eine Steuererklärung bewerkstelligt wird, wann und wie Arbeitslosengeld beantragt werden kann und welche finanziellen Auswirkungen die ihnen zur Verfügung stehenden Berufswahlmöglichkeiten haben. Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen gezielte Finanzbildungsressourcen und Unterstützungsangebote sowie angemessene Kenntnisse über die Finanzierung ihres Unternehmens.
- **Die erste große Anschaffung:** Diese ist in der Regel mit dem Erwerb einer Immobilie verbunden und stellt häufig die wichtigste finanzielle Verpflichtung im Leben eines Menschen dar. Es handelt sich dabei um eine finanzielle Entscheidung, die gut überlegt und dem aktuellen und künftigen Einkommen der Person, die die Anschaffung tätigt, entsprechen muss. Auch kann eine solche Anschaffung eine Anpassung des verfügbaren Gesamtbudgets erforderlich machen, was wesentliche Auswirkungen auf andere Aspekte des Finanzlebens zur Folge hat.
- **Vorsorgen für die Zukunft:** Die Strategie wird sicherstellen, dass Finanzbildungsangebote zu Themen wie langfristiges Sparen, Kapitalmarktinvestitionen und die Wahl einer freiwilligen Altersvorsorge für Personen, die sich für eine finanzielle Zukunftsplanung entscheiden, bereitgestellt werden.

- **Familienleben:** Mit der Gründung einer Familie sind viele finanzielle Entscheidungen verbunden, z. B. die Verwaltung von zwei Einkommen für ein gemeinsames Ziel, die Beurteilung des bestehenden Versicherungsschutzes unter dem Gesichtspunkt der neuen Lebensumstände, die Bildung von Rücklagen für die Ausbildung der Kinder oder die Bewältigung der finanziellen Folgen einer Scheidung.
- **Ruhestand:** Ältere Menschen müssen sich auf eine neue finanzielle Situation einstellen, was eine Neubewertung ihrer Kaufkraft und ihres Lebensstils mit sich bringen kann. Möglicherweise müssen sie auch wichtige Entscheidungen über das Finanzvermögen, das sie bis zu diesem Zeitpunkt gebildet haben, treffen. Außerdem müssen sie sich mit der zunehmenden Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkundinnen und Privatkunden auseinandersetzen (OECD, 2020h; OECD, 2020i).



Infografik 5.1. Unterstützung in wichtigen Lebensphasen






Vorrangige Zielgruppen

Die Strategie trägt auch der Tatsache Rechnung, dass es in der österreichischen Bevölkerung Zielgruppen gibt, die aufgrund bestehender oder potenziell neu auftretender Schwachstellen oder ihres spezifischen Finanzbildungsbedarfs zusätzliche Ressourcen und gezielte Unterstützung benötigen (siehe Tabelle 5.1). Die konkreten Bedürfnisse dieser Zielgruppen werden bei der Konzeptionierung von Finanzbildungsinitiativen berücksichtigt, wobei sie insbesondere in wichtigen Lebensphasen angesprochen werden sollen, in denen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Zugang zu Finanzbildungsangeboten und Unterstützung benötigen.

Tabelle 5.1. Vorrangige Zielgruppen nach Schwachstellen und Lebensphasen, in denen sie unterstützt werden sollen

Lebensphasen	Vorrangige Zielgruppe	Bestehende und potenziell neu auftretende Schwachstellen
	<p>Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 19 Jahren, die Schulen im österreichischen Bildungssystem besuchen (JS)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Volksschule: 6 bis 10 Jahre • Mittelschule, Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) (4 Jahre Unterstufe): 10 bis 14 Jahre • Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) (4 Jahre Oberstufe): 14 bis 18 Jahre • Berufsbildende mittlere und höhere Schule (BHS): 14 bis 19 Jahre • Lehre/Berufsschule: 15 bis 19 Jahre 	<p>Nicht alle Eltern sind gleichermaßen in der Lage, ihren Kindern nachhaltige finanzielle Gewohnheiten zu vermitteln.</p> <p>Junge Menschen müssen über eine finanzielle Grundbildung verfügen, um für alltägliche Aufgaben wie die Verwendung einer Bankomat- oder Kreditkarte oder die Wahl eines Handytarifs gerüstet zu sein.</p> <p>Die meisten Finanzbildungsinitiativen in Österreich richten sich an junge Menschen in Schulen, doch scheinen diese sich nicht ausreichend mit Themen wie Geldanlage, Verbraucherinnen- und Verbraucherrechte und -pflichten, Sensibilisierung für Betrug und Betrugsmaschen sowie den sicheren Umgang mit Krediten zu befassen.</p> <p>Durch die Auswirkungen der COVID-19-Krise werden junge Menschen zusätzlich unter Druck gesetzt, etwa durch Schulschließungen oder die Schwierigkeit, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.</p>
	<p>Jugendliche und junge Erwachsene im außerschulischen Bereich (14 bis Mitte 20) (JE)</p>	<p>Junge Erwachsene (18 bis 29 Jahre) schneiden im Bereich Finanzwissen und -verhalten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung schlechter ab.</p> <p>Zunehmende Schuldenproblematik: Jede vierte Klientin/ jeder vierte Klient von Schuldenberatungsstellen ist unter 30 Jahre alt. Bereits als junger Erwachsener Schuldenprobleme zu haben, kann sich äußerst negativ auf den Rest des Lebens auswirken.</p>

Lebensphasen	Vorrangige Zielgruppe	Bestehende und potenziell neu auftretende Schwachstellen
	<p>Frauen (F)</p>	<p>Frauen in Österreich verfügen über ein geringeres Finanzwissen als Männer.</p> <p>Geschlechtsspezifische Pensionslücke:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Pensionseinkommen von Frauen liegt im Durchschnitt 42 % unter dem von Männern. • Frauen investieren weniger häufig in eine zusätzliche Altersvorsorge als Männer (8 % gegenüber 12 % bei betrieblichen/arbeitsplatzbezogenen Vorsorgeplänen und 14 % gegenüber 16 % bei privaten Altersvorsorgeplänen und Lebensversicherungen). • Die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei den Einzahlungen in alle Altersvorsorgemodelle ist ebenfalls hoch und liegt bei 54,1 %. <p>Frauen könnten durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und die zunehmende Belastung durch unbezahlte Arbeit oder den Verlust des Arbeitsplatzes zunehmend unter Druck geraten sein.</p>
	<p>Berufstätige Erwachsene sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmer (BEU)</p>	<p>Nur wenige Finanzbildungsinitiativen und -ressourcen richten sich speziell an die arbeitende Bevölkerung oder an Kleinunternehmerinnen und -unternehmer – gerade in einer Zeit, in der ihre finanzielle Widerstandsfähigkeit durch die COVID-19-Krise noch zusätzlich beeinträchtigt ist.</p> <p>Schuldnerberatungsstellen zufolge sind Schulden aus früherer selbständiger Tätigkeit der zweithäufigste Grund für Überschuldung.</p> <p>Eine geringe Beteiligung an freiwilligen Altersvorsorgeplänen kann sich negativ auf das langfristige finanzielle Wohlergehen dieser Gruppen auswirken.</p>
	<p>(Potenzielle) Privatanlegerinnen und Privatanleger (PA)</p>	<p>Geringes Finanzwissen in Bereichen, die für langfristiges finanzielles Wohlergehen und Investieren von wesentlicher Bedeutung sind, wie beispielsweise Zinseszins oder Risikostreuung.</p> <p>Die geringe Beteiligung an den Kapitalmärkten kann eher durch mangelnde Finanzbildung als durch Risikoscheu begründet sein, wodurch diesen Menschen Chancen vorenthalten bleiben.</p>

Quellen: OECD, 2020a; OECD, 2021b; ASB Schuldnerberatungen GmbH, 2020; Mairhuber und Mayrhuber, 2020.

Andere Zielgruppen: Erreichen der gesamten Bevölkerung durch einen umfassenden Ansatz

Die Strategie berücksichtigt die Tatsache, dass neben den zu priorisierenden Gruppen noch weitere Zielgruppen existieren, z. B. Menschen ohne Arbeit, von Erwerbsarmut betroffene Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Seniorinnen und Senioren sowie die ländliche Bevölkerung. Den Bedürfnissen dieser Zielgruppen wird im Rahmen der für die gesamte Bevölkerung vorgesehenen Maßnahmen Rechnung getragen. Im Rahmen der Strategie werden diese Zielgruppen und ihre Schwachstellen beobachtet, und das Koordinierungs- und Kooperationsgremium Finanzbildung könnte sich über seinen Steuerungsausschuss mit der Möglichkeit befassen, im Rahmen künftiger Jahrespläne spezifische Initiativen zu entwickeln, die gezielt auf die Bedürfnisse dieser Gruppen eingehen.

- **Menschen ohne Arbeit, von Erwerbsarmut betroffene Menschen:** Obwohl Arbeitssuchende und Menschen ohne Arbeit einen geringeren Grad an Finanzbildung (OECD, 2021a) und sozioökonomische Schwachstellen aufweisen, richten sich Finanzbildungsinitiativen nicht gezielt an ihre spezifischen Bedürfnisse. Die nationale Strategie wird die Bedürfnisse dieser Gruppen besonders berücksichtigen, wobei der Fokus auch auf Menschen gerichtet wird, die trotz Erwerbstätigkeit arm oder von Armut bedroht sind – bedingt unter anderem durch Teilzeitarbeit aufgrund von Kindererziehung oder Ausbildung oder den Umstand, dass mehrere Personen in einem Haushalt von einem Einkommen leben müssen.
- **Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund:** Die Integration dieser Gruppen kann mit Herausforderungen verbunden sein, insbesondere im Fall von Personen mit geringem Bildungskapital. Mehr als 15 % der in Österreich lebenden Menschen wurden im Ausland geboren, und 2018 lag der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 16 %, gegenüber 10 % ein Jahrzehnt zuvor (OECD, 2019a). Gemessen an der Zahl der in Österreich geborenen Menschen mit Migrationshintergrund weist rund ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf (OECD/EU, 2018). Initiativen zur Förderung der Finanzkompetenz, die sich an Migrantinnen und Migranten richten, können diesen Menschen helfen, ihr finanzielles und soziales Umfeld besser zu verstehen, ihnen Möglichkeiten zur Teilnahme an der formellen Wirtschaftstätigkeit eröffnen (Atkinson und Messy, 2015; OECD, 2016a) und so zu ihrer erfolgreichen Integration in Gesellschaft und Wirtschaft beitragen.
- **Seniorinnen und Senioren:** Die ältere Bevölkerung ist mit besonderen Herausforderungen und Risiken konfrontiert, die durch einen geringen Grad an digitaler und finanzieller Kompetenz sowie die Abnahme kognitiver Fähigkeiten noch verstärkt werden können (OECD, 2020h; OECD, 2020i). Dazu zählen unter anderem das Risiko einer digitalen Ausgrenzung aufgrund der Digitalisierung von Finanzdienstleistungen für Privatkunden – ungeachtet der derzeitigen Kapillarität

des Bankensystems – und das Risiko, Betrugsdelikten zum Opfer zu fallen. Ältere Menschen müssen auch lernen, mit ihrem Einkommen im Ruhestand zurechtzukommen und wichtige Entscheidungen über ihr Finanzvermögen und ihre Pension treffen.

- Die **ländliche Bevölkerung** in Österreich weist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen geringeren Grad an Finanzwissen auf (OECD, 2021a). Ihr potenzieller Bedarf könnte im Rahmen der nationalen Strategie weiter untersucht und diskutiert werden.

Infobox 5.1. Auswahl der am besten geeigneten Bereitstellungskanäle und -methoden, Lernen von österreichischen Stakeholdern und internationaler Good Practice

Im Rahmen der Strategie erfolgt anhand der Merkmale der einzelnen Zielgruppen, des Grades ihrer finanziellen Gefährdung und ihrer digitalen Finanzkompetenz die Auswahl des für jede Zielgruppe am besten geeigneten Bereitstellungskanals. Dabei wird auf bestehende Erfahrungswerte zurückgegriffen, die bei der Entwicklung und Umsetzung vergleichbarer Initiativen auf internationaler (OECD, 2021c) und nationaler Ebene (OECD, 2021a) gewonnen wurden.

In Bezug auf die aktuellen Bereitstellungskanäle wenden die Stakeholder in Österreich eine breite Palette von Methoden an, um die einzelnen Zielgruppen so effektiv wie möglich zu erreichen. Der zur Vorbereitung der Strategie erstellte Mapping-Bericht ergab, dass die beiden am häufigsten eingesetzten Kanäle die persönliche und die digitale Vermittlung sind, die von 34 % der Initiativen gleichermaßen verwendet werden, gefolgt von Printmedien, die von 21 % genutzt werden.

Von den Stakeholdern wurden innovative Methoden zum Einsatz digitaler Technologien zur Vermittlung von Finanzwissen entwickelt, wie beispielsweise mobile Apps zur Unterstützung bei der Entwicklung eines Budgetierungsverhaltens, interaktive Erlebnisse, die digitale Technologien zur Unterstützung von Lernprozessen nutzen, und die Durchführung von Schulungen über E-Learning-Plattformen.

Die persönliche Vermittlung von Finanzbildung ist gut etabliert und findet dank der landesweiten Präsenz von NGOs, die Kredit- und Schuldenberatungsservices anbieten, der Initiativen von Institutionen mit Sitz in Wien, die die verschiedenen Regionen des Landes besuchen, und der Mitwirkung von Finanzbildungsakteuren an der Vermittlung von Finanzbildung in Schulen in allen Bundesländern statt.

Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit der Strategie

Zu Beginn werden das Sekretariat und die Mitglieder des Steuerungsausschusses einen maßgeblichen Anteil an der Umsetzung der Strategie einnehmen. Der Steuerungsausschuss wird sich mit Finanzierungsquellen für spezifische Projekte und für die Gesamtstrategie befassen.

- Die Umsetzung der Strategie wird durch ein Sekretariat unterstützt (siehe Sekretariat für die nationale Finanzbildungsstrategie), das mit Vollzeitbeschäftigten⁹ des Bundesministeriums für Finanzen besetzt ist.
- Bei der Festlegung der Jahrespläne wird der Steuerungsausschuss mit den Stakeholdern bestimmte Rollen bei der Umsetzung der Strategie vereinbaren, die ihren jeweiligen Fachkompetenzen und Kapazitäten entsprechen.
- Die Strategie wird die Bündelung von Ressourcen für Finanzbildungsinitiativen anregen, beispielsweise durch die Förderung von Ausschreibungen, die Mittel für die Entwicklung von Finanzbildungsprojekten für bestimmte (gefährdete) Gruppen oder besonders relevante Themen im Einklang mit den Zielen und dem Auftrag der nationalen Strategie bereitstellen, z. B. Projektaufträge der Sektion Frauen und Gleichstellung im BKA sowie von Stiftungen und anderen privaten oder öffentlichen Stakeholdern.

Politische Prioritäten, nachgeordnete Ziele und Action Tools

Der Aktionsplan baut auf den Haupt- und übergreifenden Prioritäten der nationalen Strategie auf (siehe Vier politische Hauptprioritäten) und bietet den Stakeholdern eine zusätzliche Orientierungshilfe in Form von nachgeordneten Zielen. Für viele dieser nachgeordneten Ziele beschreibt der Aktionsplan Action Tools, d. h. Maßnahmen, die die Umsetzung der Strategie unterstützen können.

Was den Zeitplan für die Umsetzung und die erforderlichen Ressourcen anbelangt, ist der Aktionsplan nicht verbindlich. Der Finanzbildungsrat wird im Rahmen der Erörterung und Genehmigung der Jahrespläne entscheiden, welche Maßnahmen vorrangig durchgeführt werden sollen.

Der Aktionsplan macht deutlich, ob die Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen gelten: junge Menschen in Schulen (JS), Jugendliche und junge Erwachsene im außerschulischen

⁹ Dem Sekretariat wurden offiziell drei Vollzeitstellen zugewiesen, eine davon zur Wahrnehmung von Administrations- und Supportfunktionen

Bereich (JE), Frauen (F), berufstätige Erwachsene sowie Kleinunternehmerinnen und -unternehmer (BEU), (potenzielle) Privatanlegerinnen und Privatanleger (PA) oder die Gesamtbevölkerung (GB). Alle Interventionen sollten eine Gender-Komponente sowie nachhaltige und digitale Aspekte berücksichtigen.

1. Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung

Die Strategie wird die österreichische Bevölkerung dabei unterstützen, ihre finanziellen Ressourcen besser zu verwalten und sie in Krisenzeiten sinnvoll zu nutzen. Sie wird sich mit Verhaltensweisen befassen, die für die finanzielle Widerstandsfähigkeit von Bedeutung sind, wie beispielsweise Budgetplanung und der sichere Umgang mit Krediten, um Verschuldungsproblemen vorzubeugen. Dies beinhaltet unter anderem die Förderung solider finanzieller Gewohnheiten bereits in der Schule sowie weiterführend auch im Erwachsenenalter sowie die Bereitstellung von Informationen zum Thema Kredit und Finanzierung sowie von Unterstützungsangeboten für Betroffene von Überschuldung. Außerdem soll den Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes Verständnis für ihre Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung nahegebracht werden.

1.1. Förderung der Finanzbildung in Schulen als fächerübergreifendes Thema

Nachhaltige finanzielle Gewohnheiten sollten so früh wie möglich im Leben eingeübt und damit gelebter Alltag werden. Die Strategie wird die aktuell bereits erfolgende Vermittlung von Finanzbildung in Schulen sowie die Einführung von Finanzbildung als verpflichtendes fächerübergreifendes Thema im Rahmen der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung in Primar- und Sekundarschulen unterstützen, indem diese Kompetenzen ab 2023 in den Lehrplänen für alle österreichischen Schulen verankert werden (siehe Infobox 5.2).

Action Tools:

- Bereitstellung von Input zur Einführung von Finanzbildung als verpflichtendes fächerübergreifendes Thema an österreichischen Schulen durch den Steuerungs-ausschuss an das Bildungsministerium und Funktion als Plattform, über die ein regelmäßiger Dialog zu diesem Einführungsprozess im Rahmen der nationalen Strategie erfolgt **(JS)**
- Einbringung von Fachwissen durch den Steuerungs-ausschuss bei der Über-arbeitung von Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern zum Thema Finanzbildung und bei der Aufnahme von Finanzbildung in die Leistungsbeurteilung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen der neuen Lehrpläne für österreichische Schulen **(JS)**

- Sicherstellen, dass die Inhalte, die jungen Menschen im Rahmen der Finanzbildung an Schulen vermittelt werden, alle Bereiche abdecken, die für ihre langfristige finanzielle Widerstandsfähigkeit und ihr finanzielles Wohlergehen relevant sind, und dass ihre Vertrautheit mit digitalen Formaten bei der Vermittlung dieser Inhalte berücksichtigt wird **(JS)**
- Unterstützung und Koordination von Pilotprojekten für die Vermittlung von Finanzwissen in Schulen, wobei strukturellen Ansätzen (z. B. einem von der Stiftung für Wirtschaftsbildung¹⁰ initiierten Pilotprojekt für Schulen) der Vorzug vor punktuellen Maßnahmen gegeben werden sollte **(JS)**
- Schulungen für Lehrerinnen und Lehrer zur Vermittlung von Finanzwissen im Rahmen der neuen Lehrpläne, Entwicklung geeigneter E-Learning-Tools für ihre berufliche Weiterbildung und Erweiterung des Angebots an Unterrichtsmaterialien, z. B. durch die von der Stiftung für Wirtschaftsbildung geplante zentrale Plattform für qualitätsgesicherte Unterrichtshilfsmittel **(JS)**

Ergänzend zu diesen Maßnahmen wird die Strategie die Vermittlung von Finanzwissen in Schulen durch außerschulische Aktivitäten und spezielle Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler fördern.

Action Tools:

- Organisation von landesweiten Finanzbildungswettbewerben und Hackathons sowie von Theaterstücken unter Einbeziehung des Lehrkörpers **(JS, JE)**
- Förderung der Teilnahme österreichischer Schulen an nationalen und internationalen Veranstaltungen zum Thema Finanzbildung – z. B. Global Money Week, Financial Future Day – um junge Menschen an Schulen und Mitglieder des Lehrkörpers für die Bedeutung von Finanzbildung zu sensibilisieren **(JS)**

Um das Bewusstsein für den Stellenwert von Finanzbildung im österreichischen Lehrplan und ihre Bedeutung als wesentliche Kompetenz im heutigen Leben zu steigern, wird im Rahmen der Strategie eine nationale Veranstaltung zur Präsentation und Diskussion der die Finanzbildung betreffenden Ergebnisse der PISA-Studie organisiert, an der Lehrerinnen und Lehrer, Mitglieder der Finanzbildungscommunity und die Medien teilnehmen werden. Außerdem wird der Steuerungsausschuss die wissenschaftliche Arbeitsgruppe einladen, an der Analyse der Ergebnisse mitzuwirken und weitere Erkenntnisse zum Finanzbildungsstand der Schülerinnen und Schüler in Österreich zu liefern.

10 Die Stiftung für Wirtschaftsbildung verfolgt das Ziel, das Angebot wirtschaftlicher Bildungsinhalte an österreichischen Schulen zu stärken und zu verbreitern. Sie wurde als unabhängige Institution gegründet und wird von einer breiten Gruppe von Gründungspartnern (Arbeitskammer, ERSTE Stiftung, Industriellenvereinigung, Innovationsstiftung für Bildung, MEGA Bildungsstiftung, Oesterreichische Nationalbank, Wirtschaftskammer Österreich) getragen.

Die Strategie richtet sich auch an junge Menschen im außerschulischen Bereich, wobei auf erfolgreichen Erfahrungen aus der Praxis aufgebaut wird und die Umsetzung durch Erwachsene, die mit ihnen in Kontakt stehen, erfolgt: zu Hause durch die Eltern, in Jugendorganisationen und im Rahmen von Sozialprogrammen durch in der Jugendarbeit tätige Personen.

Action Tools:

- Förderung der Vermittlung von Finanzwissen an junge Menschen durch MOOCs (Massive Open Online Courses), digitale Tools wie mobile Apps, Spiele und Simulationen sowie reale Events **(JS, JE)**
- Förderung der Schulungsangebote zur Vermittlung von Finanzwissen an junge Menschen für die in den Familienberatungsstellen tätigen Beratungskräfte **(JE)**
- Überarbeitung der verfügbaren Unterrichtsmaterialien und Entwicklung neuer Ressourcen für Fachkräfte in der Jugend- und Sozialarbeit im Einklang mit den Zielen der Strategie **(JE)**

Infobox 5.2. Entwicklung des rechtlichen Rahmens: Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema ab 2023 verpflichtend in österreichischen Schulen

Finanzbildung als Teil der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung wird derzeit als fakultatives Unterrichtsfach fächerübergreifend in österreichischen Schulen unterrichtet. Dies wird sich im Jahr 2023 mit der Einführung neuer Lehrpläne ändern, in denen Finanzbildung weiterhin ein fächerübergreifendes Thema sein wird, das jedoch für alle österreichischen Schulen verpflichtend ist.

Die Vermittlung von Finanzbildung an österreichischen Schulen erfolgt derzeit im Rahmen des Grundsatzerlasses zum fächerübergreifenden Unterrichtsprinzip der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung (BMBWF, 2015). Dieser Erlass, der 2015 verabschiedet wurde, gilt für alle Schulstufen und alle Schultypen. Finanzielle Bildung als Teil der Wirtschafts- und Verbraucher/innenbildung ist ein Unterrichtsfach und wird im Rahmen von Fächern wie Geografie und Wirtschaftskunde, Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre (die als Ergänzungsfächer ausgewiesen sind) unterrichtet.

Die neuen Lehrpläne für die Primar- und Sekundarstufe, die ab 2023 schrittweise in Kraft treten, werden vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung entwickelt. Aufgrund der zunehmenden Relevanz für das finanzielle und individuelle Wohlergehen wird Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema in allen Lehrplänen verpflichtend verankert sein. Auf diese Weise erhält Finanzbildung in den Lehrplänen eine stärkere Gewichtung, als es bisher der Fall war. Themen der Finanzbildung werden durch spezifische Kompetenzbeschreibungen verpflichtend in die Lehrpläne aller Schulstufen und -typen aufgenommen.

1.2. Förderung des sicheren Umgangs mit Krediten und Vermeidung von Überschuldung

Die Strategie wird Verhaltensweisen fördern, die die Abhängigkeit von Krediten auf ein Minimum reduzieren, wie beispielsweise Budgetierung und die Bildung von Sparrücklagen. Auch wird sie dafür sorgen, dass Konsumentinnen und Konsumenten bei der Nutzung von Krediten verantwortungsvoll handeln und sie im Umgang mit bestehenden Kreditverpflichtungen unterstützen, um auf diese Weise eine Überschuldung, insbesondere in sozioökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten, und das Risiko einer Privatinsolvenz zu minimieren. Die Strategie wird sicherstellen, dass die sichere Nutzung von Krediten und der richtige Umgang mit Schulden in allen zur Umsetzung der Strategie vorgesehenen Initiativen thematisiert werden, und sie wird auf bestehenden, erfolgreich eingeführten Programmen aufbauen, die in ganz Österreich umgesetzt werden, damit eine spezifische Unterstützung in diesem Politikbereich erfolgt.

Action Tools:

- Förderung der Verbreitung bestehender Initiativen und digitaler Tools zur Budgetplanung, die den Überblick über aktuelle und künftige Einnahmen und Ausgaben sowie über bestehende Kreditverpflichtungen verbessern **(GB)**
- Bereitstellung ausreichender und klarer Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, um sie bei der Einschätzung ihrer Schuldendienstfähigkeit zu unterstützen, und Analyse internationaler Best-Practice-Ansätze zur digitalen Vermittlung von Finanzwissen zum Thema Kredite, Schulden und Überschuldung **(GB)**
- Verstärkte Information und Aufklärung über die Risiken einer Überschuldung mit besonderem Schwerpunkt auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten) **(JE, GB)**
- Sensibilisierung für bestehende Schuldenberatungsprogramme, die in ganz Österreich auf lokaler Ebene für Menschen angeboten werden, die Probleme beim Umgang mit Geld haben **(GB)**

Im Rahmen der Strategie wird auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, mit der Expertise der Mitglieder des Steuerungsausschusses einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Anforderungen im Rahmen der Überarbeitung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie (Europäische Kommission, 2021b) zu leisten, die Wohlverhaltensregeln vorsieht und Kredit- und Versicherungsvermittler dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über angemessene Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen.

1.3. Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für wirtschaftliche Zusammenhänge und die eigene Rolle im Wirtschaftsgeschehen

Die Strategie wird in Übereinstimmung mit der darin festgelegten Definition von Finanzbildung (siehe Definition von Finanzbildung) festgelegt und baut auf dem Verständnis der eigenen Rolle jeder Bürgerin und jedes Bürgers innerhalb der Wirtschaft und der Gesellschaft auf. Dieses Verständnis soll als Grundlage für eine Anhebung des Finanzbildungsniveaus und einer Steigerung des Bewusstseins für diese Thematik dienen. Die Bevölkerung soll dabei unterstützt werden, die Auswirkungen des Wirtschaftszyklus auf ihre persönliche Situation besser zu verstehen und wirtschaftliche Schocks in Krisenzeiten besser zu überstehen.

Action Tools:

- Schaffung eines besseren Verständnisses für die Funktionsweise des Konjunkturzyklus und die Auswirkungen von Entwicklungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft auf die persönliche Finanzsituation und das individuell verfügbare Einkommen und Vermögen durch eine effizientere Verbreitung bereits vorhandener Bildungsressourcen und die Entwicklung von qualitätsgesicherten und leicht verständlichen Informationsmaterialien, Schulungen und Workshops für verschiedene Zielgruppen und Lebensphasen **(GB)**
- Förderung des Verständnisses von Verhaltensweisen, die die persönliche finanzielle Widerstandsfähigkeit gegenüber Finanz- und Wirtschaftskrisen erhöhen können, z. B. die Bildung von Rücklagen für Notfälle, und Förderung der Entwicklung von nachhaltigen Entscheidungsmustern beim persönlichen Umgang mit Geld im Alltag **(GB)**
- Angebot von Wirtschaftssimulationsspielen für junge Menschen in Schulen, Jugendliche und Erwachsene, um ein besseres Verständnis für die Funktionsweise und die Zusammenhänge des Wirtschaftskreislaufs, der Finanzmärkte und der Rolle der einzelnen Marktteilnehmer zu fördern **(JS, JE, BEU)**
- Bereitstellung von leicht verständlichen, an die verschiedenen Lebensphasen angepassten Bildungsangeboten zum Thema Steuern **(GB, BEU, JE)**
- Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger beim Verständnis der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit und der Möglichkeiten, wie sie mit ihren individuellen Spar- und Investitionsentscheidungen zu langfristigen Umweltzielen beitragen können **(GB)**

Indikatoren:

- Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die über laufende Projekte an Schulen und bei Veranstaltungen erreicht werden; Anzahl der Personen, die über Finanzbildungsinitiativen zum sicheren Umgang mit Krediten erreicht werden
- Verbesserung der mit dem OECD/INFE-Toolkit gemessenen Werte für Finanzwissen, insbesondere
 - Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher, die ihr Budget aktiv mithilfe von Geldmanagement-Tools verwalten
 - finanzielle Rücklagen für den Fall von Einkommensverlusten
- Hauptmerkmale der Klientinnen/Klienten von Schuldnerberatungsstellen wie Alter, Höhe bestehender Konsumschulden zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Beratungshilfe und Anzahl der Privatinsolvenzen
- Anzahl der Opfer von Täuschungs- und Betrugsdelikten (basierend auf Daten der Österreichischen Finanzmarktaufsicht)
- Ergebnisse des Moduls „Finanzbildung“ der PISA-Studie der OECD
- Ergebnisse der Wirkungsevaluierung von Programmen in Schulen und zur Kredit-/Schuldenberatung

2. Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen

Die Strategie wird das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer langfristigen Planung noch stärker in der Bevölkerung verankern und den Menschen die Informationen und Instrumente zur Verfügung stellen, die sie für eine effiziente Verwaltung ihrer langfristigen Ersparnisse, Investitionen und Pensionsbezüge benötigen.

2.1. Unterstützung einer sicheren und informierten Beteiligung an den Finanzmärkten

Die Strategie wird sich mit dem geringen Finanzwissen zu zentralen Konzepten wie Risiko und Ertrag und der mangelnden Vertrautheit mit Investitionen auf den Finanzmärkten – Faktoren, die dazu führen können, dass den in Österreich lebenden Menschen wichtige langfristige Investitionsmöglichkeiten vorenthalten bleiben – befassen. Sie wird angemessene Informationen und Instrumente bereitstellen, um sicherzustellen, dass individuelle Spar- und Anlageentscheidungen anhand fundierter Informationen getroffen werden, den persönlichen Risikopräferenzen entsprechen und langfristige finanzielle Ziele unterstützen.

Action Tools:

- Gewährleistung der Bereitstellung und öffentlichen Zugänglichkeit von unabhängigen, objektiven und leicht verständlichen Informationen zur Nutzung von Anlage- und Sparprodukten, die den Bedürfnissen der verschiedenen Zielgruppen und Lebensphasen entsprechen **(GB, F, PA, JS, JE, BEU)**
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung einer langfristigen, auf Risikostreuung abstellenden Spar- und Investitionskultur durch spezifische Schulungen in Digital- und Präsenzform, Workshops, Veranstaltungen, Aufklärungskampagnen usw. **(GB, F, PA, JE, BEU)**
- Sensibilisierung bestehender und potenzieller Unternehmerinnen und Unternehmer für die Existenz alternativer Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt und Ergänzung der Beratungsangebote für KMU und Start-ups durch Finanzbildungsinhalte **(BEU)**

Die Strategie wird dafür sorgen, dass sich die österreichischen Bürgerinnen und Bürger nicht nur der Chancen, sondern auch der Risiken bewusst sind, die mit der Digitalisierung der Kapitalmärkte und der Einführung neuer Produkte verbunden sind.

Action Tools:

- Sensibilisierung für die Merkmale und Risiken neuer digitaler Anlageprodukte, z. B. von Crowdfunding und Investitionen in Kryptowährungen, durch Bereitstellung aktueller Informationen und Bildungsressourcen für bestehende und potenzielle Anlegerinnen und Anleger **(GB)**
- Stärkung des Bewusstseins für Finanzbetrug und kriminelle Machenschaften, insbesondere über Online-Kanäle **(GB)**
- Kommunikation von Warnhinweisen im Zusammenhang mit gefährlichen oder riskanten digitalen Entwicklungen über die Informationskanäle der Strategie **(GB)**

Parallel dazu werden die Maßnahmen des Steuerungsausschusses und der Mitglieder der Finanzbildungscommunity dazu beitragen, dass die Menschen ein Verständnis für die Auswirkungen ihrer Finanzentscheidungen auf die Umwelt entwickeln und die Umsetzung umfassenderer politischer Ziele in diesem Bereich unterstützen.

Action Tools:

- Unterstützung der bevorstehenden österreichischen Initiative „Green Financial Literacy Roadmap“ durch Einbringung von Input zu deren Umsetzung und Bereitstellung einer Plattform für einen regelmäßigen Dialog im Rahmen der nationalen Strategie **(GB)**
- Sensibilisierung für die Bedeutung von Umweltauswirkungen, sozialer Verantwortung und ethischer Unternehmensführung bei Investitionsentscheidungen (ESG-Faktoren) im Einklang mit der bevorstehenden österreichischen Initiative „Green Financial Literacy Roadmap“ bei den im Rahmen der nationalen Strategie umgesetzten Programmen und Initiativen **(GB, PA)**

- Durchführung von Aufklärungs- und Informationskampagnen über die positiven Auswirkungen grüner Finanzprodukte bei gleichzeitiger Warnung der Öffentlichkeit vor Greenwashing (GB, PA)

2.2. Sensibilisierung für die Merkmale des Pensionssystems, die zu erwartende Höhe des Alterseinkommens und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung

Die Strategie wird die Bedürfnisse der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die sich um ihre finanzielle Sicherheit im Alter sorgt, adressieren, indem sie das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer angemessenen Altersvorsorgeplanung steigert und den Menschen die dafür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nahebringt.

Action Tools:

- Sensibilisierung für die Notwendigkeit, für den Ruhestand vorzusorgen und frühzeitig Entscheidungen zu treffen, mit denen ein angemessenes Alterseinkommen gesichert werden kann, wobei auf eine langfristige Orientierung anstelle einer kurzfristigen Betrachtungsweise abgestellt werden soll (GB, F, JS, JE, BEU)
- Einführung eines bundesweiten Financial Future Day – z. B. in Verbindung mit der Global Money Week (GB, F, JS, JE, BEU)
- Förderung des Verständnisses für das österreichische Pensionssystem (drei Säulen) mit besonderem Schwerpunkt auf die Erläuterung der verschiedenen Möglichkeiten einer betrieblichen und geförderten privaten Altersvorsorge durch Bereitstellung von leicht verständlichen Unterrichts- und Informationsmaterialien, deren Qualität vom Steueraus Ausschuss sichergestellt werden kann (GB, F, JE, BEU)
- Bereitstellung von leicht zugänglichen und verständlichen Informationen über die zu erwartende Höhe der Pension, z. B. durch transparente und realistische Pensionsrechner (GB, F, JE, BEU, PA)
- Sensibilisierung für verfügbare und leistbare Möglichkeiten der Altersvorsorge, z. B. durch Vergleichstools, Informationsmaterialien usw. (GB, F, JE, BEU)

Die Strategie wird auch die Vermittlung von Finanzwissen am Arbeitsplatz fördern, da dieses Umfeld für die Aneignung von Wissen und die Behandlung von Fragen zur Altersvorsorge besonders gut geeignet ist.

Action Tools:

- Ermutigung von Unternehmen, als Multiplikatoren ihre Beschäftigten über Themen im Zusammenhang mit dem Ruhestand und der künftigen Altersvorsorge (Pensionssystem, Auswirkungen des Elternurlaubs, Teilzeitmodelle usw.) zu informieren und aufzuklären, und zwar durch eine spezielle Arbeitsgruppe mit

Stakeholdern aus der Wirtschaft, die bestehende bewährte Verfahren ermitteln und diskutieren soll **(BEU)**

- Förderung der Erarbeitung und Bereitstellung von Finanzbildungsmaterialien zur Weitergabe durch Arbeitgeber an ihre Beschäftigten sowie Sensibilisierung der Arbeitgeber für die Möglichkeit der Einrichtung betrieblicher Altersvorsorgepläne **(GB, F, BEU)**.

Indikatoren:

- Zunahme der Anzahl von Personen, die in die Kapitalmärkte investieren oder in einen freiwilligen Altersvorsorgeplan einzahlen, insbesondere der Anteil der Frauen
- Verbesserung der mit dem OECD/INFE-Toolkit gemessenen Werte für Finanzwissen, insbesondere
 - der Prozentsatz der Erwachsenen mit einem langfristigen finanziellen Ziel
 - der Prozentsatz der Erwachsenen, die Fragen zur Risikostreuung und zum Zinseszineffekt richtig beantworten
- Anzahl der Personen, die durch Initiativen für langfristiges Sparen und Investieren erreicht wurden, und Ergebnisse der sie betreffenden Auswirkungsbewertung
- Anzahl der Arbeitgeber, die durch Sensibilisierungskampagnen erreicht wurden, und Anzahl der durchgeführten Arbeitsplatzinitiativen
- Anzahl der Organisationen, die an landesweiten Veranstaltungen teilnehmen, und der erreichten Personen

3. Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger

Die Strategie wird in der gesamten Bevölkerung das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung und die sich dadurch ergebenden Vorteile in Bezug auf die finanzielle Widerstandsfähigkeit und das persönliche finanzielle Wohlergehen steigern. Sie wird als Plattform dienen, um bestehende erfolgreiche Initiativen sichtbar zu machen und neue Bildungsressourcen und -initiativen zu entwickeln, um den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung gerecht zu werden, die Bürgerinnen und Bürger in kritischen Lebensphasen zu unterstützen und insbesondere jene Bevölkerungsgruppen zu erreichen, in denen ein besonders hoher Bedarf an Finanzbildung besteht.

3.1. Einrichtung eines zentralen Online-Portals für Finanzbildung

Durch die Einrichtung einer zentralen Website für Finanzbildung, die als Bezugspunkt auf Bundesebene dienen kann, richtet sich die Strategie an die gesamte Bevölkerung. Die zentrale Website für Finanzbildung könnte:

- eine verbraucherfreundliche visuelle Identität in Verbindung mit der nationalen Strategie entwickeln, die zu einem Bezugspunkt für die Öffentlichkeit werden kann
- regelmäßig aktualisierte, leicht verständliche und objektive Informationsmaterialien für verschiedene Zielgruppen bereitstellen, die auf einem Kernkompetenzrahmen für Finanzbildung basieren und an die Bedürfnisse der Zielgruppen in verschiedenen Lebensphasen angepasst sind
- eine Liste der bestehenden Finanzbildungsprogramme, die von Mitgliedern der Finanzbildungscommunity durchgeführt werden, bereitstellen
- den Nutzerinnen und Nutzern digitale Tools und eine Überprüfung ihrer Finanzkompetenz anbieten, damit sie sich einen Eindruck über ihr Finanzwissen in verschiedenen Bereichen verschaffen können
- als zentrale Anlaufstelle für die Bevölkerung mit direktem Zugang zum Sekretariat der Strategie dienen

3.2. Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Finanzbildung: Massenkommunikationskampagnen für die Bevölkerung und gezielte Initiativen für Multiplikatoren

Die Strategie wird österreichweit das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung steigern und Massenkommunikationskampagnen konzipieren, die sowohl über digitale als auch traditionelle Kanäle kommuniziert werden. Außerdem wird sie konkret potenzielle Multiplikatoren – von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern bis hin zu Arbeitgebern – ansprechen.

Action Tools:

- Organisation von Massenkommunikationskampagnen über digitale und traditionelle Kanäle (siehe Infobox 5.3) anlässlich der Einführung der Strategie und zu aktuellen Themen, die für Konsumentinnen und Konsumenten von Bedeutung sind, wie das derzeitige Niedrigzinsumfeld, die Inflation, neue digitale Finanzprodukte und -dienstleistungen, Finanzbetrug usw. **(GB)**
- Einrichtung regelmäßiger Kommunikationskanäle als Schnittstellen zu potenziellen Multiplikatoren wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, NGOs, Beratungs- und Betreuungsstellen, Branchenverbände und Arbeitgeber **(GB)**
- Werbung für Networking im Bereich der Finanzbildung und für öffentlich zugängliche Initiativen wie Mentoring-Programme, Foren für den kommunikativen

Austausch in verschiedenen Peer-Gruppen oder den Dialog mit Fachleuten für Finanzfragen (GB)

Indikatoren:

- Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer der Website
- Qualitative Bewertung des Inhalts und der Relevanz der Website durch Nutzerumfragen und Fokusgruppen
- Anzahl der Personen, die durch Massenkommunikationskampagnen über verschiedene Medien erreicht wurden
- Anzahl der tatsächlich erreichten potenziellen Multiplikatoren

Infobox 5.3. Kommunikationskampagnen

Bei den im Rahmen der Strategie durchgeführten Kommunikationskampagnen werden sowohl digitale als auch traditionelle Bereitstellungskanäle genutzt:

- Informations- und Sensibilisierungskampagnen in den traditionellen Medien (Fernsehen und Radio) und in den Online-Medien (Websites von Zeitungen) sowie in den besonders von jungen Menschen frequentierten sozialen Medien (TikTok, Instagram usw.)
- Mitwirkung an den Inhalten von Fernsehsendungen und Presseartikeln, aufbauend auf der Zusammenarbeit mit den Medien
- Plakate in Schulen, Werbetafeln an Autobahnen und im öffentlichen Raum
- Schwerpunkttag zum Thema Finanzbildung auf lokaler und auf Bundesebene: Weltspartag, Equal Pay Day, Equal Pension Day usw., in Kombination mit globalen Events wie der Global Money Week
- Kooperation mit österreichischen Influencern, Bloggern, YouTubern und Podcastern
- Breitenwirksame Marketingkampagnen, z. B. Workshops, Wettbewerbe/Preise/Hackathons usw.
- Verteilung von Broschüren und Postkarten mit häufig gestellten Fragen zu Finanzbildungsthemen

4. Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung

Aufgrund ihrer Governance-Struktur, die öffentliche, private und gemeinnützige Stakeholder einbezieht (siehe Integrative Governance-Struktur für effektive Führung und Zusammenarbeit), kann die Strategie auf das reichhaltige Fachwissen und die umfassende Erfahrung der in Österreich tätigen Stakeholder zurückgreifen. Die Mitwirkung der Stakeholder an den Zielen der Strategie wird durch die Formulierung und Umsetzung eines Verhaltenskodex und die Vereinbarung eines österreichischen Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung weiter unterstützt.

4.1. Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern

Die Einbindung privater und gemeinnütziger Stakeholder in die Umsetzung der nationalen Strategie wird durch die Formulierung eines Verhaltenskodex für ihre Beteiligung an Finanzbildungsaktivitäten und -initiativen weiter unterstützt. Der Verhaltenskodex wird:

- einheitliche Standards für die Stakeholder festlegen, wobei zwischen kommerziellen und pädagogischen Aktivitäten unterschieden und das Risiko von Interessenkonflikten minimiert wird
- Objektivität, Qualität und Unparteilichkeit bei der Umsetzung von Finanzbildungsprogrammen gewährleisten
- einen Rahmen für die Mitwirkung der Stakeholder aus dem nichtöffentlichen Bereich an der Erreichung der gemeinsamen Ziele der nationalen Strategie schaffen

4.2. Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses für Kernkompetenzen im Bereich der Finanzbildung, die zur Stärkung des finanziellen Wohlergehens beitragen

Durch die Verabschiedung eines Kernkompetenzrahmens für Finanzbildung (OECD, 2015b; OECD, 2016b) wird die Strategie ein gemeinsames Verständnis von Finanzbildung forcieren. Die Strategie wird von der in Kooperation zwischen EU und OECD/INFE erfolgenden Entwicklung eines Finanzkompetenzrahmens für die EU (Europäische Kommission, 2021a) profitieren, der weiter angepasst werden könnte, um österreichspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Der von EU und OECD/INFE zunächst für Erwachsene entwickelte Rahmen wird 2021 unter Mitwirkung von Österreich als Mitglied der Arbeitsgruppe der Kommission (vertreten durch BMF und Oesterreichi-

sche Nationalbank) finalisiert. Ein EU/OECD-INFE-Finanzkompetenzrahmen für junge Menschen soll folgen.

Die Strategie wird die Anwendung der Rahmenvorgaben für Finanzkompetenzen durch alle relevanten Stakeholder in Österreich fördern und den Kernkompetenzrahmen nutzen, um die Programmgestaltung zu verbessern, Lücken im Angebot zu identifizieren und Instrumente zur Bewertung, Messung und Evaluierung zu entwickeln.

4.3. Förderung der Forschung zum Thema Finanzbildung

Im Rahmen der Strategie wird sichergestellt, dass ihre Umsetzung evidenzbasiert erfolgt und sie von den neuesten Erkenntnissen und Forschungsergebnissen im Bereich der Finanzbildung profitiert. Dazu wird eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe mit Vertretern angesehener österreichischer Forschungsinstitutionen eingerichtet (siehe Wissenschaftliche Arbeitsgruppe), die Beiträge zur Arbeit des Steuerungsausschusses liefern wird und bei Bedarf im Zuge der Umsetzung der Strategie konsultiert werden kann.

4.4. Eingehende und regelmäßige Überwachung und Evaluierung der einzelnen Initiativen und der nationalen Gesamtstrategie

Die Strategie sieht Überwachungs- und Evaluierungsprozesse vor, um die Fortschritte bei ihrer Umsetzung zu beurteilen und Informationen für die Jahrespläne bereitzustellen. Sie definiert die Überwachung und Bewertung der Auswirkungen sowohl auf Programmebene als auch für die gesamte nationale Strategie (siehe Evidenzbasierte und ergebnisorientierte Strategie).

Indikatoren:

- Anzahl der Stakeholder, die den Verhaltenskodex einhalten
- Anzahl der Stakeholder, die den verabschiedeten Kernkompetenzrahmen bei der Konzeptionierung, Umsetzung und Evaluierung ihrer Initiativen nutzen

Tabelle 5.2: Überblick Aktionsplan

Politisches Ziel	Untergeordnetes Ziel	Action Tool
Frühzeitige Entwicklung der Grundlagen für solide finanzielle Entscheidungen und die Verhinderung von Überschuldung	Förderung der Finanzbildung in Schulen als fächerübergreifendes Thema	10 Action Tools
	Förderung des sicheren Umgangs mit Krediten und Vermeidung von Überschuldung	4 Action Tools
	Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für wirtschaftliche Zusammenhänge und die eigene Rolle im Wirtschaftsgeschehen	5 Action Tools
Förderung einer verantwortungsvollen Finanzplanung für langfristiges finanzielles Wohlergehen	Unterstützung einer sicheren und informierten Beteiligung an den Finanzmärkten	9 Action Tools
	Sensibilisierung für die Merkmale des Pensionssystems, die zu erwartende Höhe des Alterseinkommens und die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung	7 Action Tools
Sensibilisierung für die Bedeutung von Finanzbildung und Sicherstellung des Zugangs zu qualitativ hochwertiger Finanzbildung für alle Bürgerinnen und Bürger	Einrichtung eines zentralen Online-Portals für Finanzbildung	1 Action Tool
	Sensibilisierung für die Notwendigkeit von Finanzbildung: Massenkommunikationskampagnen für die Bevölkerung und gezielte Initiativen für Multiplikatoren	3 Action Tools
Steigerung der Effektivität von Finanzbildungsinitiativen durch Dialog, Koordination und Evaluierung	Festlegung eines Verhaltenskodex für die Einbindung von Stakeholdern	1 Action Tool
	Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses für Kernkompetenzen im Bereich der Finanzbildung, die zur Stärkung des finanziellen Wohlergehens beitragen	1 Action Tool
	Förderung der Forschung zum Thema Finanzbildung	
	Eingehende und regelmäßige Überwachung und Evaluierung der einzelnen Initiativen und der nationalen Gesamtstrategie	
		41 Action Tools

6

Schlussfolgerungen

Schlussfolgerungen

Mit der Formulierung einer nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich wird offiziell anerkannt, dass finanzielle Bildung eine langfristige politische Priorität darstellt und eine Kernkompetenz für das Leben darstellt, die zum finanziellen Wohlbefinden von Personen und Haushalten beiträgt.

Die Strategie wird nicht bei null beginnen, sondern auf bestehenden Initiativen aufbauen, die von österreichischen Stakeholdern, die im Bereich der Finanzbildung engagiert sind, entwickelt wurden. Diese Initiativen erhalten damit eine Plattform, um ihr transformatives Potenzial und ihre Reichweite zu vergrößern. Auch gibt die Strategie einen Anstoß für eine stärkere und effektivere Zusammenarbeit und die Bündelung von Ressourcen, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Mit der Verabschiedung der Strategie durch den österreichischen Ministerrat wird ein regierungsweiter Ansatz zu ihrer Umsetzung etabliert und die Integration von Finanzbildung in das politische Instrumentarium gefördert, um so die Österreicherinnen und Österreicher bei der Bewältigung der Folgen der COVID-19-Krise und beim Aufbau einer widerstandsfähigen finanziellen Zukunft zu unterstützen. Die Anerkennung auf höchster Regierungsebene wird außerdem dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit auf die Existenz der Strategie aufmerksam wird und das Bewusstsein für die Bedeutung von Finanzbildung in der Bevölkerung wächst.

Die OECD ist bereit, Österreich durch die Teilnahme österreichischer Institutionen an den Ausschüssen der OECD und am internationale Netzwerk für Finanzbildung der OECD (INFE) sowie durch künftige bilaterale Zusammenarbeit bei diesem Vorhaben weiter zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

ASB Schuldnerberatungen GmbH (2020), Schulden Report 2020, www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb_Schuldenreport2020.pdf.

Atkinson, A. (2017), „Financial Education for MSMEs and Potential Entrepreneurs“, OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions, No. 43, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/bb2cd70c-en>.

Atkinson, A. und Messy F. (2013), „Promoting Financial Inclusion through Financial Education: OECD/INFE Evidence, Policies and Practice“, OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions, No. 34, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/5k3xz6m88smp-en>.

Atkinson, A. und Messy F. (2015), „Financial Education for Migrants and their Families“, OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions, No. 38, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/5js4h5rw17vh-en>.

Österreichische Bundesregierung (1968), Schulorganisationsgesetz, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009265>.

Boffo, R., Marshall C. und Patalano R. (2020), „ESG Investing: Environmental Pillar Scoring and Reporting“, OECD Paris, www.oecd.org/finance/esg-investing-environmental-pillar-scoring-and-reporting.pdf.

Boss M., Richter K., Timel A. und Weiss P. (2019), Small but buzzing: the Austrian fintech ecosystem, in OeNB Financial Stability Report 38, Dezember 2019.

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Verkehr und Innovation (2019), Österreichs Integrierter Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP), https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/energie_klimaplan.html.

Consumer Financial Protection Bureau (CFPB), 2015, Measuring financial well-being: A guide to using the CFPB Financial Well-Being Scale.

Eurofound (2020), Addressing household over-indebtedness, Publications Office of the European Union, Luxembourg, www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef19044en.pdf.

Europäische Kommission (2018), 2030 Climate and Energy Framework, https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2030_en.

Europäische Kommission (2019), Communication and roadmap on the European Green Deal, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1576150542719&uri=COM%3A2019%3A640%3AFIN>.

Europäische Kommission (2020a), Retail Payments Strategy for the EU, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0592&from=EN>.

Europäische Kommission (2020b), European Economic Forecast Autumn 2020, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip136_en_2.pdf.

Europäische Kommission (2020c), Digital Finance Strategy for the EU, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0591&from=ENof>.

Europäische Kommission (2020d), A Capital Markets Union for people and businesses-new action plan, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2020:590:FIN>.

Europäische Kommission (2021a), Report on the results of the feasibility assessment for the development of a financial competence framework in the EU, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/business_economy_euro/banking_and_finance/documents/210408-report-financial-competence-framework_en.pdf.

Europäische Kommission (2021b), Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on consumer credits, https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/new_proposal_ccd_en_3.pdf.

Europäische Union (2018), Regulation (EU) 2018/1999 on the Governance of the Energy Union and Climate Action, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018R1999>.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2015), General Decree on the cross-curricular principle of economic and consumer education, https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_15.html.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2016), Kommerzielle Werbung an Schulen - Verbot aggressiver Geschäftspraktiken, https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2015_10.html.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und Statistik Österreich (2018), Austrian Country Fiche on Public Pensions, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/final_country_fiche_at.pdf.

Fessler P., Jelovsek M. und Silgoner M. (2020), Financial Literacy in Austria - focus on millennials, https://www.oenb.at/dam/jcr:d0e4d3c1-83a2-466d-8efe-6749fc075d9b/04_MOP_Q3_20_Financial-literacy-in-Austria.pdf.

Finanzmarktaufsicht (2019), Digitalisation in the Austrian Financial Market.

Finanzmarktaufsicht (2020), FMA Facts and Figures 2020, <https://www.fma.gv.at/en/publications/facts-and-figures-trends-and-strategies/>.

Finanzmarktaufsicht (2021), FMA Facts and Figures 2021, <https://www.fma.gv.at/en/publications/facts-and-figures-trends-and-strategies/>.

Fuhrmann B., Riess J, Aflenzer B. (2019), Finanzbildung in Österreich - Gap-Analyse und Lehrkonzepte für die Lehrer/innen/bildung, WU Institut für Wirtschaftspädagogik.

G20/OECD (2015), G20/OECD High-level Principles on SME Financing, <https://www.oecd.org/finance/G20-OECD-High-Level-Principles-on-SME-Financing.pdf>.

G20/OECD (2018), G20/OECD Effective Approaches for Implementing the G20/OECD High-Level Principles on SME Financing, <http://www.oecd.org/g20/Effective-Approaches-for-Implementing-HL-Principles-on-SME-Financing-OECD.pdf>.

Hung, A., Yoong J. und Brown E (2012), „Empowering Women Through Financial Awareness and Education“, OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions, No. 14, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/5k9d5v6kh56g-en>.

Internationaler Währungsfonds (2020), Austria Financial Sector Assessment Program - Technical Note, International Monetary Fund Washington, D.C.

IOSCO und OECD (2019), Core Competencies Framework on Financial Literacy for Investors, <https://www.oecd.org/financial/education/IOSCO-OECD-Core-Competencies-Framework-on-Financial-Literacy-for-Investors.pdf>.

Mairhuber I. und Mayrhuber C. (2020), Gender Gaps in Pensions in Austria: Quantitative and Qualitative Analysis, https://www.trapez-frauen-pensionen.at/documents/TRAPEZ_Analyse_Bericht_2020-EN.pdf.

OECD (2012a), High-level Principles on National Strategies for Financial Education, <https://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/OECD-INFE-Principles-National-Strategies-Financial-Education.pdf>.

OECD (2012b), OECD/INFE Guidelines on Financial Education in Schools, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/2012%20Schools%20Guidelines.pdf>.

OECD (2012c), INFE High-level Principles on the Evaluation of Financial Education Programmes, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/49373959.pdf>.

OECD (2013a), Women and Financial Education: Evidence, Policy Responses and Guidance, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264202733-en>.

OECD (2013b), OECD Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>.

OECD (2014a), OECD/INFE Guidelines for Private and Not-for-profit Stakeholders in Financial Education, www.oecd.org/daf/fin/financial-education/guidelines-private-not-for-profit-financial-education.pdf.

OECD (2014b), Financial Education for Youth: The Role of Schools, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264174825-en>.

OECD (2015a), OECD Economic Surveys: Austria 2015, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2015-en.

OECD (2015b), OECD/INFE Core competencies framework on financial literacy for youth, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Core-Competencies-Framework-Youth.pdf>.

OECD (2015c), OECD/INFE Policy Handbook on the Implementation of National Strategies for Financial Education, <https://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/National-Strategies-Financial-Education-Policy-Handbook.pdf>.

OECD (2016a), Financial education and the long-term integration of refugees and migrants, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Financial-education-long-term-integration-refugees-migrants.pdf>.

OECD (2016b), G20/OECD INFE Core competencies framework on financial literacy for adults, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Core-Competencies-Framework-Adults.pdf>.

OECD (2018a), G20/OECD INFE Policy Guidance on Digitalisation and Financial Literacy, <http://www.oecd.org/finance/G20-OECD-INFE-Policy-Guidance-Digitalisation-Financial-Literacy-2018.pdf>.

OECD (2018b), G20/OECD Policy Guidance on Financial Consumer Protection Approaches in the Digital Age, <https://www.oecd.org/finance/G20-OECD-Policy-Guidance-Financial-Consumer-Protection-Digital-Age-2018.pdf>.

OECD (2018c), OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018, OECD Reviews of Innovation Policy, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/9789264309470-en>.

OECD (2018c), OECD/INFE Core Competencies Framework on Financial Literacy for MSMEs, OECD, <http://www.oecd.org/finance/financial-education/OECD-INFE-core-competencies-framework-on-financial-literacy-for-MSMEs.pdf>.

OECD (2018d), OECD/INFE Toolkit for measuring financial literacy and financial inclusion (Version Mai 2018), OECD, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/2018-INFE-FinLit-Measurement-Toolkit.pdf>.

OECD (2019a), OECD Economic Surveys: Austria 2019, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/22f8383a-en>.

OECD (2019b), Pensions at a Glance 2019: OECD and G20 Indicators, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/b6d3dcfc-en>.

OECD (2019c), Short-Term Consumer Credit: provision, regulatory coverage and policy responses, <http://www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Short-term-consumer-credit-report.pdf>.

OECD (2019d), Note on Austria – OECD Risks that matter survey, [/www.oecd.org/austria/Risks-That-Matter-2018-AUT-en.pdf](http://www.oecd.org/austria/Risks-That-Matter-2018-AUT-en.pdf).

OECD (2020a), OECD/INFE 2020 International Survey of Adult Financial Literacy, www.oecd.org/finance/education/launchoftheoecdfinfeconomicliteracyreport.htm.

OECD (2020b), OECD Economic Outlook, Volume 2020 Issue 2, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/39a88ab1-en>.

OECD (2020c), OECD Council Recommendation on Financial Literacy, <https://legal-instruments.oecd.org/en/instruments/OECD-LEGAL-0461>.

OECD (2020d), School education during COVID-19: Were teachers and students ready?, <http://www.oecd.org/education/Austria-coronavirus-education-country-note.pdf>.

OECD (2020e), OECD Pensions Outlook 2020, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/67ede41b-en>.

OECD (2020f), Personal Data Use in Financial Services and the Role of Financial Education: A Consumer-centric Analysis, www.oecd.org/daf/fin/financial-education/Personal-Data-Use-in-Financial-Services-andthe-Role-of-Financial-Education.pdf.

OECD (2020g), Supporting the financial resilience of citizens throughout the COVID-19 crisis, https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=129_129607-awwyipbwh4&title=Supporting-the-financial-resilience-of-citizens-throughout-the-COVID-19-crisis.

OECD (2020h), Strengthening seniors' financial well-being throughout the COVID-19 crisis and its aftermath, www.oecd.org/financial/education/Senior-financial-well-being-COVID-19.pdf.

OECD (2020i), Financial Consumer Protection and Ageing Populations, www.oecd.org/finance/Financial-consumer-protection-and-ageing-populations.pdf.

OECD (2021a), Financial Literacy in Austria: Relevance, evidence and provision, www.oecd.org/finance/financial-education/austria-financial-literacy-strategy.htm.

OECD (2021b), Towards Improved Retirement Savings Outcomes for Women, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/f7b48808-en>.

OECD (2021c), Digital delivery of financial education: design and practice, www.oecd.org/finance/education/digital-delivery-of-financial-education-design-andpractice.htm.

OECD/EU (2018), Settling In 2018: Indicators of Immigrant Integration, OECD Publishing, Paris/EU, Brussels.

OECD/Europäische Union (2018), Settling In 2018: Indicators of Immigrant Integration, OECD Publishing, Paris/European Union, Brussels, <https://doi.org/10.1787/9789264307216-en>.

OeNB (2018), Verschuldung der privaten Haushalte in Österreich, https://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte/2018/verschuldung_privater_haushalte_in_oesterreich_juni_2018.html.

OeNB (2019), Household income, consumption and wealth – Austrian sector accounts 1998–2017, <https://www.oenb.at/en/Publications/Statistics/Special-Issues/2019/sector-accounts-2019.html>.

OeNB (2020), Facts on Austria and its banks – Oktober 2020, <https://facts-on-austria.oenb.at>.

Schuldnerhilfe OÖ (2019), Jahresbericht 2019 https://web.schuldner-hilfe.at/dokumente/upload/2433a_2020-03-24_Jahresbericht_2019_barrierefrei.pdf.

Notizen

Notizen

